

Beiträge zur Geschichte der Grenztruppen der DDR



Gesicherte Grenze- gesicherter Frieden

Autorenkollektiv

Heft 5 Teil 1

Beiträge zur Geschichte
der Grenztruppen der DDR

**Gesicherte
Grenze-
gesicherter Frieden**

Autorenkollektiv

Heft 5 Teil 1

Herausgeberkollektiv:

Oberst Hans Wierfjng (Leiter)
Oberst a. D. Rudi Harmuth
Oberstleutnant Hartmut Küken
Hauptmann Rainer Krüger

Autorenkollektiv:

Oberst a. D. Rudi Harmuth (Leiter)
Generalmajor a. D. Werner Ebertz
Generalmajor a. D. Karl Wilhelm
Oberst a. D. Ernst Greiner-Mai
Oberst a. D. Wolfgang Krug

Lektor: Christine Zimmermann

Gestaltung: Oberst d. R. Klaus Bernsdorf

Technische Bearbeitung: Margitta Rothe

Gesamtherstellung: Druckerei der Grenztruppen der DDR

Fotos: Privat; Archiv

Vorwort

Mit dem vorliegenden fünften Heft, das, der Vielfalt bedeutsamer Ereignisse Rechnung tragend, in zwei Teilen erscheint, hat sich das seit Jahren verdient gemächtige Autoren- und Herausgeberkollaktiv erneut einer anspruchsvollen Aufgabe gestellt.

Zum Titel dieses Heftes wurden die Worte des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genossen Erich Honecker, auf der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der Grenztruppen der DDR:

"Eine gesicherte Grenze ist zugleich ein gesicherter Frieden".

Darin sind sinnvoll Geschichte, Auftrag und Tradition der Grenztruppen zusammengefaßt und zu Recht stehen sie als Leitmotiv gerade über diesem fünften Heft. Das vor allem, weil es den Zeitraum vom VIII. Parteitag der SED 1971 bis zum XI. Parteitag 1986 umfaßt, der unter der Führung der SED zum erfolgreichsten Abschnitt in der Geschichte unseres Volkes gestaltet wurde.

Anhand vieler einprägsamer Ereignisse und eindrucksvoller Leistungen wird der Nachweis erbracht, daß diese Jahre, wie im gesamtgesellschaftlichen Leben unseres Landes, auch die bisher erfolgreichsten in der Entwicklung der Grenztruppen der DDR waren. Zu dieser Erfolgsbilanz haben die Soldaten mit der grünen Waffenfarbe durch den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze ihren Beitrag geleistet.

Mit diesem Heft findet die Schriftenreihe "Beiträge zur Geschichte der Grenztruppen" ihren Abschluß.

In anerkennenswerter Weise haben die Autoren- und Herausgeberkollektive, die Gestalter und viele, nicht namentlich genannte Genossen ihre zum 40. Jahrestag übernommene Verpflichtung eingelöst. Es war ihre Absicht, die "Beiträge zur Geschichte der Grenztruppen" als Beiträge zum tieferen Verständnis der friedenspolitischen Verantwortung der heutigen Grenzorgeneration zu schreiben. Das ist ihnen gelungen. In den wenigen Jahren, seit dem Erscheinen der ersten Hefte, hat die Schriftenreihe einen breiten und interessierten Leserkreis gefunden.

Nicht zuletzt deshalb, weil sie durch Genossen geschrieben wurde, die ausnahmslos in unterschiedlichen Dienststellungen und auf sehr verschiedenen Ebenen alle oder die meisten dieser 40 Jahre Geschichte der Grenztruppen miterlebt und selbst mitgestaltet haben.

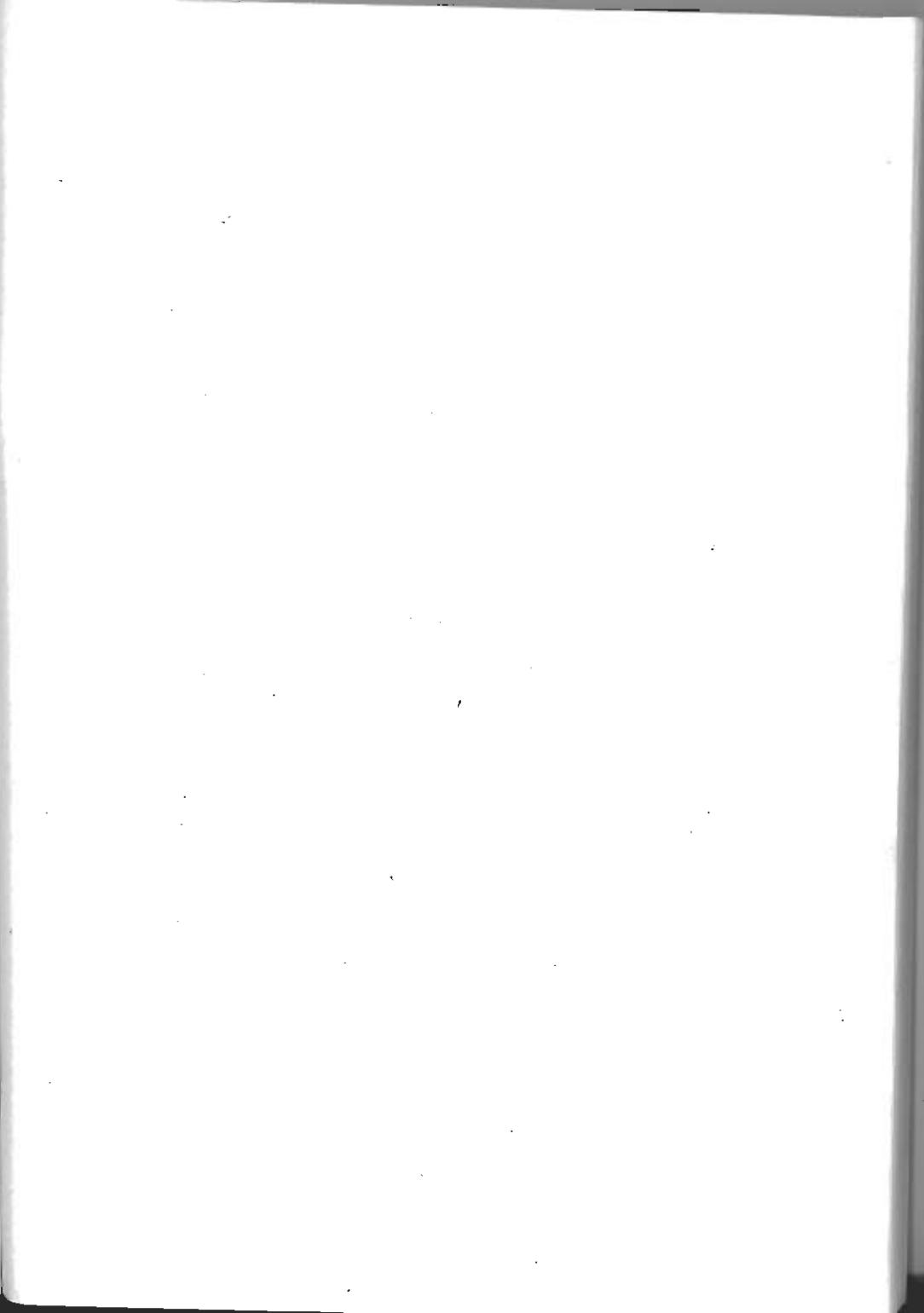
Inmer haben sie sich als Zeitzzeugen der Leistungen Tausender Grenzsoldaten vieler Grenzergenerationen und zugleich als kritische Chronisten ihres eigenen Lebens, ihres Tuns und Handelns in unserer Truppe verstanden.

Dank und Anerkennung sagen wir insbesondere den Genossen, die als Generalmajore oder Offiziere a.D. an diesen Heften mitgeschrieben haben.

Danken wollen wir aber vor allen dadurch, daß wir die reichen Kampftraditionen der Grenztruppen in jeder Einheit lebendig halten und durch neue Taten beim zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze würdig fortsetzen.



Lorenz
Generallieutenant





„Unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht hat immer rechtzeitig alles Erforderliche getan, damit sich der Sozialismus auf deutschem Boden gut entwickeln kann.

An der politischen Stabilität, am sicheren Schutz unseres sozialistischen Staates sind Jahrzehnt für Jahrzehnt Hetze und Verleumdung, Anschläge und Provokationen all jener abgeprallt, denen der Sozialismus auf deutschem Boden schon immer ein Dorn im Auge war.

Wie in der Vergangenheit, so werden auch in Zukunft die illusionären Pläne jener Kreise an unseren Grenzen scheitern, die die Existenz dieser Grenzen nicht wahrhaben wollen.

Unsere Grenzen – das vergessen wir in keinem Augenblick – sind gleichzeitig Grenzen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO.

Wir hüten sie wie unseren Augapfel, weil wir wissen, daß wir damit das Wohl und das Glück unseres Volkes bewahren und den kommenden Generationen eine sichere Perspektive geben.

Eine gesicherte Grenze ist zugleich ein gesicherter Frieden.“

Erich Honecker

1. Ein neuer Entwicklungsabschnitt 1971-1975

Anfang der 70er Jahre konnte der Sozialismus seinen Einfluß auf die internationale Entwicklung ausbauen. Der XXIV. Parteitag der KPdSU in März/April 1971 beschloß ein bedeutsames Friedensprogramm und zeigte damit allen Völkern der Erde den Weg zur weiteren Zurückdrängung der aggressiven imperialistischen Kräfte, der Sicherung des Friedens und der Festigung der internationalen Sicherheit.

In Übereinstimmung damit legte die SED auf ihrem VIII. Parteitag

ein 5-Punkte-Programm vor. Darin setzte sich die DDR für die

- baldmögliche Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz,
- Aufnahme der DDR in die UNO und ihre Spezialorganisationen ein.

Sie erklärte ihre Bereitschaft,

- mit allen Staaten diplomatische Beziehungen aufzunehmen,
- auch zur BRD normale völkerrechtliche Beziehungen herzustellen
- und das Verhältnis zwischen der DDR und Berlin (West) zu normalisieren.

Trotz des erbitterten Widerstandes, besonders der revanchistischen Kreise der BRD und der aggressivsten Kräfte des Weltimperialismus, setzte sich in den folgenden Jahren in Europa langsam ein Prozeß der Entspannung durch.

Realistische Politiker der BRD erklärten sich schließlich - auch um die politische Isolierung der Bundesrepublik zu verhindern - zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge mit der Sowjetunion, der VR Polen und der CSSR zur Anerkennung der in Europa entstandenen Nachkriegsverhältnisse bereit. Im September 1971 wurde zwischen der UdSSR, den USA, Großbritannien und Frankreich das Vierseitige Abkommen über Westberlin unterzeichnet.

Von 30. 07. bis 01. 08. 1976 wurde nach langen Ringen der sozialistischen Länder endlich in Helsinki die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durchgeführt.

Bereits 1972/73 war ein entscheidender Durchbruch im Kampf um die diplomatische Anerkennung der DDR erzielt worden.

In diesen Jahren nahmen 70 Staaten, darunter Großbritannien und Frankreich, diplomatische Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik auf.

Sie alle, ein wenig später auch die USA, schickten ihre Botschafter in die Hauptstadt der DDR, Berlin.

Innenpolitisch hatte der Parteitag den Sinn des Sozialismus, alles zum Wohle des Volkes zu tun, uneingeschränkt in den Mittelpunkt der gesamten Tätigkeit der Partei gestellt.

Es waren kampfereifere, schwierige, aber auch für den Sozialismus und die ganze Menschheit erfolgreiche Jahre.

Jahre, in denen sich zeigte, daß es bei gutem Willen und der erforderlichen Kompromißbereitschaft durchaus möglich ist, den Frieden sicherer zu machen und den menschlichen Fortschritt zu gewährleisten.

Der VIII. Parteitag und die Vertiefung des humanistischen Sinns der Grenzsicherung

Es ist der 20. Juni 1971. Der VIII. Parteitag hat erst vor wenigen Stunden seine Beratungen beendet. Generalleutnant Erich Poter ist Delegierter des Parteitages gewesen. Nun sitzt er in seinem Arbeitszimmer und liest sorgfältig die umfangreichen Notizen, die er sich zum Rechenschaftsbericht des ZK an den VIII. Parteitag und zu Diskussionsreden gemacht hat. Da und dort streicht er an, was er für besonders wichtig hält und ergänzt mit eigenen Notizen. Seine Gedanken konzentrieren sich auf die Fragen:

Welche neuen Aufgaben ergeben sich aus den Beschlüssen des Parteitages für die Sicherung der Staatsgrenzen der DDR?

Worin liegt das Wesen dieser Aufgaben?

Grenzdienst ist Waffendienst im Frieden für den Frieden - oft hat er in Gesprächen mit Grenzsoldaten diesen einfachen aber gewichtigen Satz gebraucht. Aber jetzt muß dazu mehr gesagt werden, um die Genossen zum weiteren Durchdenken der Probleme anzuregen.

Von jeher ist es die grundlegende Aufgabe jedes Grenzers, mit der gewissenhaften Erfüllung seiner Dienstpflichten dafür zu sorgen, daß die Werktätigen unseres Landes ungestört und sicher ihrer Arbeit nachgehen und den Reichtum unseres Volkes mehren können, damit die Kinder in unserem Staat in Frieden und Geborgenheit aufwachsen, leben und lernen können.



Generalleutnant Erich Peter informiert sich im Grenzabschnitt über die Lage

Die Staatsgrenze der DDR zur Bundesrepublik Deutschland ist zugleich Trennlinie zwischen Sozialismus und Imperialismus. Ihre zuverlässige Sicherung dient somit den Lebensinteressen und dem Friedensbedürfnis der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft - ist internationalistische Klassenpflicht.

Es ist bewiesen: erst die machtausübende Arbeiterklasse, geführt von einer marxistisch-leninistischen Partei, fest vereint im Bündnis sozialistischer Länder und ausgerüstet mit den für die Zügelung der Kriegstreiber erforderlichen Waffen, hat die reale Chance eröffnet, den Weltfrieden dauerhaft zu sichern.

Treffend läßt der sozialistische Dramatiker Friedrich Wolf einen revolutionären Kämpfer in seinem Schauspiel "Die Matrosen von Cattaro" sagen: "Auch der Frieden ist eine Frage der Macht".

Alle Anstrengungen zur Wahrung der Unverletzlichkeit unserer Staatsgrenzen sind deshalb untrennbarer Bestandteil der Machtausübung der Arbeiterklasse. Sie sind Verwirklichung des wichtigsten Menschenrechtes - des Rechts auf Leben im Frieden.

Sozialistische Macht ist immer Friedensmacht.

Diese Friedensmacht an der vordersten Grenze zuverlässig zu schützen, ist ehrenvoller und zutiefst humanistischer Auftrag der Werktätigen unseres Landes an seine Söhne mit den grünen Arnelstreifen.

Mit dem VIII. Parteitag der SED wurde ein neuer Entwicklungsabschnitt in der Geschichte der DDR eingeleitet. Die Delegierten beschlossen die Strategie und Taktik zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Mit großem Nachdruck verdeutlichte der Parteitag den Sinn des Sozialismus. Im Bericht des Zentralkomitees wurde hervorgehoben: "Wir kennen nur ein Ziel, das die gesamte Politik der Partei durchdringt, alles zu tun für das Wohl der Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Das ist der Sinn des Sozialismus. Dafür arbeiten und kämpfen wir."

Der Parteitag wies auch darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Globalstrategie des USA-Imperialismus eine Schlüsselstellung einnimmt und nach wie vor als Speerspitze gegen den Sozialismus in Europa wirkt. Er betonte, daß die vom Sozialismus in historisch kurzer Zeit erkämpften positiven Veränderungen in den

internationalen Beziehungen angesichts der zunehmenden Aggressivität des Imperialismus und seiner konterrevolutionären Machenschaften die Sicherung des Friedens zur wichtigsten und zentralen außenpolitischen Aufgabe erheben.

Mit diesen Überlegungen hat Genosse Erich Peter den entscheidenden Zusammenhang hergestellt: die wachsende Verantwortung der Grenztruppen für den Schutz und die Verteidigung der Staatsgrenzen der DDR ergibt sich vor allem aus der weiteren Entwicklung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, und sie ergibt sich auch aus der zunehmenden Aggressivität und Abenteuerlichkeit des Imperialismus. Der Parteitag hat erneut bestätigt: je stärker der Sozialismus, desto sicherer ist der Frieden. Diese Erkenntnis vertieft den humanistischen Sinn des Waffendienstes an der Staatsgrenze unseres sozialistischen Staates - darin liegt das Wesen dieses Dienstes.

Während die Partei auf ihrem VIII. Parteitag ein realistisches Programm zur Sicherung des Friedens und für den sozialen Fortschritt beschloß, entwarfen entspannungsfeindliche Kreise des Monopolkapitals und im Dienste der Bonner Regierung stehende Ideologen immer neue Konzepte, um die sich anbahnenden Entspannungstendenzen dazu auszunutzen, die Grenzen der DDR "durchlässig" zu machen, zu "überwinden" und gegenüber der BRD und den anderen NATO-Staaten "zu öffnen".

Diese konterrevolutionären und subversiven Zielstellungen bezeichneten sie unmißverständlich als den zuverlässigsten Weg zur "Erosion" der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in der DDR. Ihnen lag eine Politik zugrunde, die sich hartnäckig weigerte, die Grenzen der DDR als Staatsgrenzen eines unabhängigen und souveränen Staates anzuerkennen und zu respektieren, eine Politik, die auf die "Überwindung" dieser Grenzen orientierte.

Es ist bewiesen, daß es sich bei diesen Konzepten nicht um bloße Hirngespinnste handelte. Die beständig zunehmende Zahl von Provokationen und heimtückischen Anschlägen auf unsere Staatsgrenze waren Zeugnis dafür. Fotodokumente belegten es: Grenzsäulen hakenkreuzbesudelt, zerschlagen, gesprengt. Sie bewiesen die Ohnmacht einer Geisteshaltung, die sich mit Tatsachen nicht abfinden konnte. Einer Geisteshaltung, die zum Ausdruck brachte, daß in imperialistischen Nachbarland BRD die Hoffnung noch nicht begraben wurde, das Land jenseits von Elbe und Werra wieder "heimholen" zu können in den Schoß der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.



Zeugnisse von Provokationen an der Staatsgrenze der DDR

Die Partei stellte deshalb auf ihrem Parteitag allen bewaffneten Kräften die Aufgabe, die stets Wachsamkeit auf die sich verändernden, immer gefährlicheren Methoden des Klassenkampfes des Imperialismus und auf die verschiedenen Varianten zu richten, die von ihm zur Entfesselung und Führung einer Aggression entwickelt wurden. Eine bedeutsame und notwendige Aufgabe.

Die realen Tatsachen beweisen täglich überprüfbar von der Elbe bis zum Stillen Ozean, vom Nordmeer bis zum Kaukasus, in der Karibik ebenso wie in Südostasien: der Frieden ist die natürliche Daseinsform des Sozialismus. Er braucht den Frieden, weil das Werk des sozialistischen Aufbaus nur aus der fleißigen, schopferischen und ungetörten Arbeit der Menschen hervorgehen kann.

Die Grenzwächter wußten aus Erfahrung: mit der zuverlässigen Sicherung unserer Staatsgrenzen schützen sie zugleich das sozialistische Eigentum unseres Volkes, die ökonomische Grundlage unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, das Fundament unseres gesellschaftlichen und persönlichen Reichtums, der sozialen Sicherheit, des Wohlstandes und

des Glückes unseres Volkes - auch das persönliche Glück jedes Grenzers und seiner Familie. Ehrlichen Herzens konnten sie deshalb versprechen: die Partei und unsere Werktätigen können sich auf ihre Grenzer verlassen.

Angeichts der zunehmenden Wühlätigkeit des BRD-Imperialismus gegen den sozialistischen Aufbau in der DDR, seiner fortgesetzten Anschläge gegen unsere Staatsgrenze sowie seiner verstärkten Aggressionvorbereitung wurde die Notwendigkeit militärisch gesicherter Grenzen zur BRD und zu Westberlin deutlicher denn je. Die von den Grenztruppen dokumentierten Fälle provokatorischer Handlungen gegen unsere Staatsgrenze waren dafür bestrafte Zeugnis. Wurden z.B. im Jahre 1969/70 ca. 262.000 "Grenzlandfahrer" an die Staatsgrenze zur DDR herangeschafft, so stieg die Zahl im Jahre 1970/71 auf über 325.000. Bei der Heranführung und Einweisung von Militärpersonen, also Angehörigen der Bundeswehr und der NATO, stieg im gleichen Zeitraum die Anzahl sogar von 2.800 auf über 21.000 - um mehr als das Siebenfache.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich gleichzeitig die Fälle der provokatorischen Verletzung unserer Staatsgrenze nahezu vervielfachten und die Zerstörung von Grenzsicherungsanlagen sprunghaft anstieg.

Bereits vor dem Parteitag hatte die Partei Maßnahmen zur Umformierung der Grenztruppen beschlossen. Die bis dahin bestehenden Grenzbrigaden wurden in die Grenzkommandos NORD, SÜD und MITTE umformiert und die Grenzsicherung zu Westberlin aus der Verantwortlichkeit der Stadtkommandantur der Hauptstadt der DDR, Berlin, herausgelöst und dem neuformierten Kommando der Grenztruppen übertragen. Damit konnten alle Grenzsicherungsmaßnahmen, die politische Arbeit, die Erziehung und Ausbildung sowie die materielle und technische Sicherstellung einheitlich und mit weniger Zeit- und Kraftaufwand organisiert und geführt werden. Die Formierung der Grenzkommandos schuf günstige Bedingungen für das Zusammenwirken mit den Kommandos der Militärbezirke sowie die Organisation abgestimmter Maßnahmen zur Verteidigung der Staatsgrenze. Mit der Bildung von Grenzausbildungsregimentern wurden die Grenzregimenter von der Ausbildung der Neueinberufenen entlastet und konnten ihr Hauptaugenmerk auf die ununterbrochene Organisation und Führung der Grenzsicherung konzentrieren. Durch die Veränderung der Trennungslinien zwischen den Truppenteilen wurden zweckmäßige Voraussetzungen für ein enges Zusammenwirken mit den Kreis- und Bezirksaufsichtsebenen geschaffen. Am Vorabend des VIII. Parteitages wurde auf der X. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der

SED in den Grenztruppen der DDR eine eindrucksvolle Bilanz über den bis zu diesem Zeitpunkt erreichten Entwicklungsstand gezogen. Die Delegiertankonferenz konnte der Partei- und Staatsführung melden: "Die Grenztruppen der DDR haben die ihnen gestellte Hauptaufgabe erfüllt und die Unantastbarkeit der Grenzen der DDR gewährleistet sowie die Ausdehnung von Provokationen durch imperialistische Kräfte auf das Staatsgebiet der DDR verhindert."

Viele Delegierte, wie der Stabsfeldwebel Wagner und der Soldat Wangerin, gaben im Auftrage ihrer Parteikollektive vor den Delegierten das Versprechen ab, keine Anstrengungen zum sicheren Schutz der Staatsgrenze der DDR zu scheuen und in ihren Kollektiven der forcierten ideologischen Diversion des Gegners keine Chance zu lassen.

Mit den bedeutungsvollen Beschlüssen des VIII. Parteitag wurde auch der Klassenauftrag der Grenztruppen neu bestimmt. Vorausschauend orientierte die Partei- und Armeeführung auf eine weitere Vervollkommnung der Grenzsicherung sowie auf eine umfassende Erhöhung der Kampf- und Gefechtsbereitschaft. Es wurde nachgewiesen: je höher die Gefechtsbereitschaft der Einheiten und Truppenteile, umso wirksamer können die wachsenden Aufgaben zur Sicherung der Staatsgrenze unter allen Lagebedingungen erfüllt werden.

Im Juli 1971 - wenige Wochen nach dem Parteitag - besuchte das Mitglied des Politbüros und Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, das Grenzregiment Blankenburg und überzeugte sich von den großen Anstrengungen, die in diesem Truppenteil zur Sicherung der Staatsgrenze unternommen wurden. In Gesprächen und Zusammenkünften mit Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren erläuterte er die militärpolitischen Konsequenzen, die sich aus den Beschlüssen des VIII. Parteitag ergaben und leitete daraus die wichtigsten Schlußfolgerungen für die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der Grenzsicherung ab.

Im Februar 1972 überprüften Offiziere des Ministeriums für Nationale Verteidigung und des Kommandes der Grenztruppen auf Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung die Lage und die konkreten Bedingungen zur Grenzsicherung in allen Grenzregimentern an der Staatsgrenze zur BRD. Den Schwerpunkt bildeten dabei alle unmittelbar zur Grenzsicherung eingesetzten Einheiten. Diese Überprüfung war keine Kontrolle im üblichen Sinne. Ihr Ziel bestand darin, unter Nutzung der reichen Erfahrungen der Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der grenzsichernden Einheiten Möglichkeiten zu noch effektiveren und wirksameren Methoden der Grenzsicherung zu untersuchen und daraus dem

Minister für Nationale Verteidigung entsprechende Schlußfolgerungen und Vorschläge zu unterbreiten.

Bei der Überprüfung wurde festgestellt, daß durch die Kommandeure, Politorgane und Parteiorganisationen eine angestrenzte Arbeit geleistet wurde, um die Beschlüsse des VIII. Parteitagos mit hohen Ergebnissen zu erfüllen. In unerschütterlichem Vertrauen zur Partei und in fester Verbundenheit mit dem sozialistischen Vaterland erfüllten die Grenzsoldaten ihre Dienstpflichten. In vielen Einheiten wurden beispielhafte Leistungen in der Grenzsicherung, der politischen und militärischen Ausbildung sowie im sozialistischen Wettbewerb vollbracht. Gleichzeitig wurden jedoch eine Reihe von Faktoren festgestellt, die sich auf die Organisation und Wirksamkeit der Grenzsicherung sowie auf die politische Erziehung und militärische Ausbildung hommond auswirkten.

Von Minister für Nationale Verteidigung wurde die Aufgabe gestellt, auf der Grundlage der Überprüfungsergebnisse die Methoden der Grenzsicherung weiterzuentwickeln und ihre Zweckmäßigkeit in je einem Grenzbataillon der Grenzkommandos NORD und SÜD über einen längeren Zeitraum zu erproben. Mit der Durchführung der Erprobung wurden Offiziere des Ministeriums für Nationale Verteidigung und des Komman-



dos der Grenztruppen unter Leitung der Obersten Gerhard Tachitschke und Herbert Lise beauftragt. Ausgangspunkt für die Erprobung bildete die Forderung des Ministers, die Geschlossenheit der Grenzkompagnien ununtorbrochen zu wahren, günstigere Voraussetzungen für die Erziehung, die politische und militärische Ausbildung sowie für die Freizeitarbeit in den grenzsichernden Einheiten zu schaffen und die Bedingungen zur Durchführung schneller Manöver mit Kräften in Kompaniestärke entscheidend zu verbessern.

Die Erprobung wurde nach mehreren Monaten erfolgreich abgeschlossen. Die dabei erreichten Ergebnisse hatten bewiesen, daß der Einsatz geschlossener Einheiten zum Grenzdienst sich unter den gegebenen Bedingungen vorteilhaft auswirkte und den gestellten Forderungen in zweckmäßiger Weise entsprach. Zugleich wurde nachgewiesen, daß dazu umfangreiche materiell-technische Sicherstellungsmaßnahmen und der komplexe pioniermäßige Ausbau der Grenzabschnitte eine grundlegende Voraussetzung bildeten.

Der Übergang aller Grenzregimenten zu diesem, durch die Erprobung herausgearbeiteten neuen System der Grenzsicherung konnte deshalb nicht gleichzeitig erfolgen, sondern mußte in Etappen über mehrere Jahre umfassend vorbereitet und bei gleichzeitiger ununtorbrochener



Sicherung der Staatsgrenze realisiert werden. Das stellte an alle Angehörigen der Grenztruppen außerordentlich hohe Anforderungen. Die Kommandeure und Offiziere mußten für die neuen Einsatzbedingungen zur Grenzsicherung ausgebildet und vorbereitet werden, die Ausbildung der Unteroffiziere und der Soldaten diesen veränderten Bedingungen entsprechen. Es galt, eine Vielzahl von Dienstvorschriften neu zu erarbeiten. Die umfangreichen Maßnahmen zum komplexen Ausbau der Grenzabschnitte konnten nur durch die zeitweilige Formierung nicht-strukturmäßiger Pioniereinheiten bewältigt werden. Dabei wurden über 900 km Kolonnenwege neu angelegt oder ausgebaut. Die Anfang der 60er Jahre errichteten einfachen Drahtsperrn waren durch Witterungseinflüsse stark beschädigt und hatten fast völlig ihre Wirksamkeit verloren. Sie wurden geräumt und entlang der gesamten Staatsgrenze durch stabile Sperrelemente ersetzt. Die Zuführung umfangreicher Technik bis in die grenzeichernden Einheiten erforderte große Kenntnisse und Fähigkeiten zu deren zweckmäßiger Nutzung und ordnungsgemäßer Bedienung und Wartung. So erhöhte sich z.B. nach dem Parteitag die Motorleistung pro Angehöriger der Grenztruppen um 66 %.

Jährlich mußte eine große Anzahl Militärkraftfahrer, Kfz.-Gruppenführer und Kfz.-Schirrmeister zusätzlich ausgebildet werden. Auch der Bedarf an qualifizierten Nachrichtenkräften stieg sprunghaft an. All diese hohen Belastungen, die von jedem Angehörigen der Grenztruppen - ob Offizier oder Soldat - großen persönlichen Einsatz erforderten, konnten erfolgreich gemeistert werden. In allen Truppenteilen hatten sich die Kommunisten an die Spitze des Kampfes um die unbedingte Erfüllung dieser komplizierten Aufgaben gestellt. Sie erhöhten die führende Rolle der Partei und demonstrierten durch ihr Beispiel die Übereinstimmung von Wort und Tat. Ergaben sich doch durch den ganzen Prozeß der Umformierung und Veränderung des Grenzsicherungssystems bei vielen Offizieren und Berufssoldaten auch weitreichende persönliche Konsequenzen. Viele Dienststellungen mußten neu besetzt werden, was überwiegend auch mit einer Veränderung des Dienst- und Wohnortes verbunden war. Zu all diesen Fragen, die Auswirkungen bis in die einzelnen Familien hatten, bezogen die betroffenen Kommunisten eine klare parteiliche Haltung.

So konnten unter schwierigen Bedingungen wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Grenzsicherung im Sinne der Beschlüsse der Partei geschaffen werden. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte richtig erkannt, daß sichere Staatsgrenzen einen entscheidenden Faktor für die Sicherung des Friedens und die weitere



Entspannung bilden und damit auch ihren persönlichen Interessen dienen. Ihre Bereitschaft, an der Festigung der Ordnung, Sicherheit und Gesetzmäßigkeit im Grenzgebiet mitzuwirken, war in den 60er Jahren beträchtlich gewachsen. In jedem Grenzregiment hatten sich 150-200 fortschrittliche Bürger bereit erklärt, als freiwillige Helfer der Grenztruppen die grenzeichernden Einheiten unmittelbar zu unterstützen. In dieser Zeit entstanden auch die ersten Grenzsicherheitsaktivisten. Unmittelbar nach dem Parteitag hatte die Parteiführung die Notwendigkeit betont, die Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze bei noch breiterer Einbeziehung der im Grenzgebiet wohnenden Bevölkerung weiter zu erhöhen. Zugleich galt es, die Zweckmäßigkeit der territorialen Festlegungen des Grenzgebietes zu überprüfen, mit den sich entwickelnden gesellschaftlichen Bedingungen in Übereinstimmung zu bringen und auch stärker berechnete Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Mit der Direktive des Sekretariats des ZK der SED vom 28.10.1971 wurde die grundlegende Orientierung für die gemeinsame Arbeit der Bezirks- und Kreisleitungen der Partei, der staatlichen Organe und der

Kommandeure und Politorgane der Grenztruppen zur Erfüllung dieser Aufgaben gegeben. Das Anliegen der Partei und die dazu erforderlichen Maßnahmen wurden in Hunderten von Einwohnerversammlungen erläutert und fanden die breite Zustimmung und Unterstützung der Bevölkerung. 34 Orte und Gemeinden, darunter die Kreisstadt Sonneberg mit über 20.000 Einwohnern, konnten aus dem Grenzgebiet herausgelöst werden. Für Tausende von Menschen traten spürbare Erleichterungen bei der Gestaltung ihres persönlichen Lebens und zur Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Rechte ein. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Partei der Arbeiterklasse wurde weiter gefestigt. Die intensive politische Arbeit sowie die spürbare Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen trugen wesentlich dazu bei, daß immer mehr Bürger ihre uneingeschränkte Zustimmung zur Politik der Partei mit ihrer Bereitschaft zur tatkräftigen Unterstützung der Grenztruppen verbanden. Innerhalb weniger Monate erklärten sich weitere 1.300 Bewohner des Grenzgebietes bereit, als freiwillige Helfer der Grenztruppen bei der zuverlässigen Sicherung der Staatsgrenze aktiv mitzuwirken. In vielen Fällen konnten durch rechtzeitige Hinweise aus der Bevölkerung versuchte Angriffe auf die Staatsgrenze verhindert werden. Solche Hinweise gab z.B. am 11.09.1973 die Einwohnerin Rößger aus Dobarauth an die Grenzkompagnie Juchhöh, die zur Festnahme von 5 Personen führten, die einen gemeinsamen Angriff auf die Staatsgrenze der DDR vorbereitet hatten. Angeregt und unterstützt durch ihre Lehrer, bildeten Schüler der Oberschule in Ellrich die Arbeitsgemeinschaft "Junge Freunde der Grenzsoldaten". Auch durch andere Aktivitäten der Bevölkerung, wie im Grenzregiment Dornbach, erhielten die Grenztruppen eine wirksame Unterstützung. In diesem Truppenteil leisteten 500 Einwohner des Grenzgebietes über 3.500 freiwillige Arbeitsstunden im Interesse der Grenzsicherung. Sie alle sorgten mit dafür, daß die Sicherheit an unserer Staatsgrenze zuverlässig gewahrt und dadurch eine positive Entwicklung der Lage in Europa erreicht wurde.

Die Partei hatte, wie bereits betont, auf ihrem VIII. Parteitag die Bereitschaft der DDR erklärt, auf der Grundlage des Völkerrechts mit allen Staaten diplomatische Beziehungen aufzunehmen, auch mit der BRD. Sie konnte davon ausgehen, daß Bedingungen herangereift waren, die auch in diesen Beziehungen eine Wende zur Entspannung und zur friedlichen Koexistenz ermöglichten.

Die Beziehungen der UdSSR und der VR Polen zur BRD waren seit 1970 vertraglich neu geregelt. In dem Vierseitigen Abkommen 1971 bestätigten die Weltmächte zum ersten Male völkerrechtlich verbindlich, daß

Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert worden darf. Erstmals wurde in diesem Dokument die DDR als souveräner Staat und ihre Grenzen sowie ihr Territorium als unbestreitbare Realität akzeptiert. Auf dieser Grundlage konnte im Dezember 1971 zwischen der DDR und der BRD ein Abkommen über den Transitverkehr unterzeichnet werden. Gleichzeitig wurden zwischen der DDR und Westberlin Vereinbarungen über die Regelung des Reise- und Besucherverkehrs sowie über andere Fragen getroffen. In diesem Abkommen mußte die Regierung der BRD und der Senat von Westberlin in verbindlicher Form die Existenz der DDR sowie deren Souveränität und Grenzen anerkennen. Auf der Grundlage dieser Abkommen stieg der Reise- und Besucherverkehr in die DDR und umgekehrt sprunghaft an. Es wurden neue Grenzübergangsstellen errichtet und die heranführenden Verkehrswege ausgebaut. Nach langwierigen und komplizierten Verhandlungen wurde im Dezember 1972 der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD unterzeichnet. Darin verpflichteten sich beide Seiten u. a., auf die Drohung mit Gewalt und die Anwendung von Gewalt zu verzichten und bekräftigten die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenzen.

Dieser Vertrag war ein bedeutendes Ergebnis der koordinierten Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft und wichtiger Bestandteil des auf Initiative dieser Gemeinschaft zustande gekommenen Systems internationaler Verträge an Anfang der 70er Jahre.

Das gesamte Vertragswerk schuf günstige äußere Bedingungen für den weiteren Aufbau des Sozialismus in den sozialistischen Ländern sowie für das Fortschreiten der Entspannung auf dem europäischen Kontinent. Die vom VIII. Parteitag beschlossenen außenpolitischen Ziele hatten sich als richtig, der Kampf zu ihrer Erreichung als erforderlich erwiesen.

Zu diesem Erfolg hatten auch die Grenztruppen der DDR durch ihren aufopferungsvollen Dienst zur Sicherung der Staatsgrenzen der DDR ihren bedeutsamen Beitrag geleistet. Zugleich hatte dieses Ringen unserer Grenzer auf besonders überzeugende Weise erneut den tiefen humanistischen Sinn des Dienstes an unserer Grenze sichtbar werden lassen. Mit vollen Recht konnte der Genosse Erich Honecker am 30. Juni 1975 auf der Konferenz von Helsinki feststellen:

"Die Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen bleibt der Prüfstein dafür, ob eine Politik wirklich dem Frieden und somit den Interessen der Menschen dient."

Der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD wird vermessen und markiert

Entsprechend dem Londoner Protokoll vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen in Deutschland, folgte die Zonengrenze zwischen der Ostzone und der Nordwest- und Südwest-Zone den Verlauf der ehemaligen Grenzen der Länder und Provinzen, wie sie nach dem 25. Juni 1941 in Deutschland bestanden hatten.

Unter Berücksichtigung der konkreten örtlichen Gegebenheiten legten jedoch die Besatzungsmächte meist aus Zweckmäßigkeitsgründen hiervon abweichende Regelungen fest. Es kam auch zum Austausch von größeren und kleineren Gebieten. Das betraf z.B. solche Abschnitte wie den Neuhauser Streifen und Kaltenhof an der Elbe, den Raum Blankenburg und Bad Sachsa sowie den Ratzeburger See.

Diese Veränderungen wurden durch Karten- und Textvereinbarungen festgelegt. Solche Festlegungen waren typisch und für die damalige Zeit auch ausreichend.

Mit dem Staatsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR vom 20. September 1955, in dem die Souveränität unserer Republik staats- und völkerrechtlich vorankert wurde, oblag nunmehr den Grenzsicherungsorganen eigenverantwortlich die Sicherung der Staatsgrenze der DDR. Es zeigte sich sehr bald, daß die oft nur global getroffenen Vereinbarungen der Besatzungsmächte die Sicherung der Staatsgrenze erschweren.

In ihrem Streben, die Ordnung an der Staatsgrenze zu erhöhen, Streitigkeiten und Grenzwischenfällen vorzubeugen und die Autorität ihres Staatsgebietes zu dokumentieren, wurde seitens der DDR bereits 1967 der Verlauf der Staatsgrenze einseitig durch Grenzsäulen und Markierungspfähle gekennzeichnet. Die Grenzsäulen mit dem Staatsemblem der DDR brachten zum Ausdruck: Hier verläuft die Staatsgrenze der souveränen DDR!

Auch auf der anderen Seite dieser Staatsgrenze waren in Abständen Hinweisschilder aufgestellt. Auf ihnen stand: "Ende der Zonengrenze!" Sicher waren das nicht nur äußerliche Unterschiede - sie bezeugten vielmehr, daß sich hier Welten voneinander abgrenzten. Die einseitige Kennzeichnung einer Staatsgrenze ist ein völkerrechtlich zulässiger Akt, wenn die andere Seite zu einer einvernehmlichen Anerkennung der Staatsgrenze nicht bereit ist. Das war seitens der BRD bis zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages, am 21.12.1972, der Fall.

In Artikel 3 dieses Vertrages wurde erstmals die Unverletzlichkeit der zwischen der DDR und der BRD bestehenden Grenze sowie die uneingeschränkte Achtung ihrer territorialen Integrität bekräftigt. In den dazu angefertigten Zusatzprotokoll wurde festgelegt: "Die DDR und die BRD kommen überein, eine Kommission aus Beauftragten der Regierungen beider Staaten zu bilden. Sie wird die Markierung der zwischen beiden Staaten bestehenden Grenze überprüfen und, soweit erforderlich, erneuern und ergänzen sowie die erforderliche Dokumentation über den Grenzverlauf erarbeiten."

Diese protokollerischen Festlegungen verdeutlichten: es handelt sich nicht um irgend eine Grenze, etwa wie zwischen zwei Bundesländern der BRD, sondern um die Grenze zwischen zwei unabhängigen Staaten - um eine Staatsgrenze. Es war eine Kommission aus Vertretern beider Staaten zu bilden. Alle Entscheidungen und Festlegungen mußten einvernehmlich getroffen werden. Das setzte bei allen Mitgliedern der Kommission Vernunft, Realitätssinn und Kompromißbereitschaft voraus. Die Kommission nahm am 31. Januar 1973 ihre Arbeit auf.

Während die Kommissionsmitglieder der DDR von Anfang an bestrebt waren, nach gewissenhafter Prüfung aller Unterlagen den Verlauf der Staatsgrenze exakt festzulegen, zu markieren und zu vermessen und damit deren völkerrechtlichen Charakter zu bekräftigen, versuchten die Kommissionsmitglieder der BRD zunächst, die Verhandlungen zu verzögern und hinauszuschieben. Sie stellten u.a. das Ansinnen, statt einer eindeutigen Festlegung und Vermessung des Grenzverlaufs lediglich jene "Linie" als Grenze zu beschreiben, die in den letzten 25 Jahren als "Gebrauchsgrenze" praktiziert wurde. Ausgeprägt war auch ihre Praxis, Fragen in die Beratungen einzubringen, die überhaupt nicht in die Zuständigkeit der Grenzkommission gehörten, um das Zustandekommen von Entscheidungen hinauszuzögern oder zu verhindern. Ungeachtet aller Schwierigkeiten und Verschleppungsversuche leisteten die Vertreter der DDR in der Grenzkommission eine umfangreiche, von politischer Weitsicht, Konsequenz und Flexibilität geprägte Arbeit.

Oberstleutnant Martin Ickrath erinnert sich: "Ich war Mitglied der Arbeitsgruppe zur Feststellung, Vermessung und Markierung des Grenzverlaufs, der auch Angehörige des BGS angehörten. Im wesentlichen herrschte eine sachliche Arbeitsatmosphäre, aber es gab auch hartnäckige Auseinandersetzungen.

Besonders kompliziert und langwierig waren die Verhandlungen zur Feststellung des Grenzverlaufs von der Lubecker Bucht bis Holmedorf.

Die Grenze zwischen dem ehemaligen Land Brandenburg und Schleswig-Holstein war nicht exakt markiert. Es existierten auch keine genauen Vermessungsunterlagen, sondern lediglich eine Beschreibung über den Verlauf dieser ehemaligen Ländergrenze. Und nun wollten die Vertreter der BRD dieses "Beschreibungsprinzip" zur Grundlage der gesamten Arbeit der Grenzkommission machen. Ihre Absicht war leicht zu durchschauen: der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD sollte mit dieser Praxis der Charakter einer innorddeutschen Ländergrenze aufgeprägt werden.

In langen und schwierigen Verhandlungen konnte schließlich auch der Grenzverlauf in der Lübecker Bucht in beiderseitigen Einvernehmen exakt festgestellt, vermessen und protokolliert werden."

Am 04. September 1973, um 11.00 Uhr wurde am Grenzpunkt 16, südlich der F 104, der erste Grenzstein gesetzt. Das war ohne Zweifel ein bedeutendes Ereignis, ein durchaus historischer Augenblick. Der westliche Blätterwald machte daraus eine Sensation. Schlagzeilen wie, "Ein paar Quadratmeter Lübeck gingen an die DDR" oder "Erster Grenzstein einen Meter westlicher als der alte verwitterte Grenzstein gesetzt" waren an der Tagesordnung.

Bevor weitere Grenzsteine folgen konnten, wurden die umfangreichen Prüfungen aller Archivunterlagen fortgesetzt.

Noch komplizierter war die örtliche Situation. In den Dokumenten der Alliierten über die Veränderung der Zonengrenze waren Bäche bezeichnet, die in der Natur gar nicht mehr existierten.

Wasserläufe wurden genannt, ohne anzugeben, ob die Grenze im Wasser oder an einem der Ufer verläuft.

Andere Gewässer hatten durch Regulierungsmaßnahmen bzw. durch natürliche Einflüsse ihren Lauf verändert.

Auch die Tatsache, daß die ehemaligen Grenzsteine der Länder und Provinzen überwiegend nicht mehr vorhanden waren oder ohnehin keine Gültigkeit hatten, erschwerte die unmittelbare örtliche Festlegung des Grenzverlaufs.

Hinzu kommt noch, daß die Eigentumsverhältnisse oft über die Grenze reichten und sich somit bestimmte Gewohnheitsrechte herausgebildet hatten.

Die Arbeit der Grenzkommission stellte zugleich hohe Anforderungen an die Kommandeure, Stäbe, Politorgane und grenzsichernden Einheiten der Grenztruppen.

Es galt, jedem Grenzsoldaten die politische Bedeutung dieser Maßnahmen überzeugend zu erläutern. Es durften keine Provokationen zur Verhinderung oder Störung dieser Arbeiten zugelassen werden. Das erforderte häufig den zusätzlichen Einsatz von Kräften und verlangte von jedem Grenzposten hohe Wachsamkeit, politische Reife und vorbildliche Disziplin.

In vielen Grenzabschnitten mußten z.B. erst Bedingungen geschaffen werden, um die Vermessungs- und Markierungsarbeiten überhaupt durchführen zu können. In oft mühsamer Arbeit wurde von den Grenzsoldaten ein insgesamt 750 km langer Geländestreifen von Unterholz und Gestrüpp beraumt und damit die ordnungsgemäße Arbeit zur Vermessung der Staatsgrenze abgesichert.

Demnach befragt, wie die in den Arbeitsgruppen mitarbeitenden Angehörigen des BGS auf die vielen zerstörten und beschädigten Grenzäulen der DDR reagierten, berichtete Oberstleutnant Ickrath weiter:

"Meist mit Schulterzucken. Sie meinten, das sei ihrerseits nicht zu verhindern, da sie ja nicht überall sein könnten. Außerdem bestünde für sie überhaupt keine Rechtsgrundlage, da die Grenzäulen ja auf dem Gebiet der DDR stünden und die Handlungen somit außerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches begangen würden."

Eine "Rechtsauffassung", die nachdenklich machen mußte.

Also auch deshalb wurde jener Angehörige des BGS, der unseren Genossen Hauptmann Rudi Arnstadt auf dem Territorium der DDR kaltblütig ermordete, nicht zur Verantwortung gezogen, sondern kurze Zeit später sogar noch befördert. Und der Doppelmörder Weinhold, über den später noch zu lesen sein wird, wurde also auch deshalb in der BRD wie ein "Held" gefeiert.

Im November 1975 wurden die Arbeiten der Grenzkommision zur Feststellung, Vermessung und Markierung der Staatsgrenze abgeschlossen. Es bedurfte noch weiterer 3 Jahre, um mit dem Protokoll vom 29. 11. 1978 zwischen den Regierungen der DDR und der BRD den vorläufigen Abschluß der Arbeiten der Grenzkommision zu erreichen. In dieser Zeit konnten nach angestrengten Verhandlungen 23 weitere bilaterale Vereinbarungen über die Durchführung wasserwirtschaftlicher Arbeiten, über Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen, über die Durchführung forstwirtschaftlicher Arbeiten und andere, sich aus dem festgelegten Grenzverlauf ergebende Probleme unterzeichnet werden.

Offen ist noch die Festlegung des Grenzverlaufs in den rund 95 km langen Grenzabschnitt der Elbe und in einem ca. 1,2 km langen Teil der Warmen Bode.

Der Abschluß dieser Arbeiten ergibt sich sowohl aus den Vereinbarungen des Grundlagenvertrages als auch aus völkerrechtlicher Sicht und aus den praktischen Erfordernissen zur Aufrechterhaltung der Schifffahrt und des Hochwasserschutzes und nicht zuletzt aus den Interessen an der Vermeidung von Konfliktsituationen und Grenzzwischenfällen. Von Seiten der BRD wird nichts unversucht gelassen, die Grenzfrage in diesem Abschnitt offenzuhalten.

Gestützt auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, erhebt sie einen durch nichts begründeten Anspruch auf die gesamte Breite der Elbe.

Um Mißverständnisse und Zwischenfälle auszuweichen, sah sich die DDR gezwungen, ihren eindeutigen Rechtsstandpunkt klarzulegen. Danach sind von den Grenztruppen der DDR, gemäß Beschluß des Präsidiums des Obersten Gerichts der DDR vom 03. November 1977, die Hoheitsrechte der DDR bis zur Mitte des Talweges wahrzunehmen, was entspricht der in der Vergangenheit geübten Praxis und ist geeignet, bis zu einer gemeinsamen Übereinkunft Schwierigkeiten zu vermeiden.

Die DDR steht zu den Verpflichtungen des Grundlagenvertrages, die Staatsgrenze in ihrer Gesamtheit ohne Ausnahme festzulegen und zu dokumentieren.

Sie hat bei den Verhandlungen und bei der Festlegung des Grenzverlaufs in vielen komplizierten Abschnitten große Konstruktivität und Kompromißbereitschaft an den Tag gelegt.

So war es möglich, bereits am 15. Mai 1975 einen abgeordneten Protokollvornach zu diesem Problem vorzubereiten.

Beide Seiten waren sich einig, daß der Grenzverlauf der Mitte des Stromes folgt.

Es ist an der BRD, ihre unrealistische Haltung aufzugeben, ihre vertraglichen Verpflichtungen aus dem Grundlagenvertrag zu erfüllen, damit die Festlegung und Dokumentation der bestehenden Grenze auch in einem so bedeutungsvollen Grenzabschnitt abgeschlossen werden.

Die Provokationen geben weiter

Mit einem dreifachen Hurra begrüßten Grenzsoldaten am Freitag, den 13. Juli, - wenige Wochen vor den Beginn der Weltfestspiele - Paul Verner, Mitglied des Politbüros und Sekretar des ZK der SED, begleitet vom Chef der Grenztruppen sowie von weiteren Generalen und Offizieren, in ihrem Truppenteil in der Berliner Ernst-Schneller-Kaserne. Er war gekommen, um den Genossen, die am 8. Juli in Stadtbezirk Pankow die Ausweitung einer schweren Grenzprovokation verhindert hatten, den Dank und die Anerkennung der Partei und Regierung auszusprechen.

Im Lagezimmer informierte der Kommandeur des Truppenteils, Oberstleutnant Johannes Köhler, noch einmal anhand der Karten und Dokumentationen über den Verlauf der Provokation. Er sagte: "In der Nacht zum 8. Juli erhielt ich die Meldung, daß sich im Grenzabschnitt Nordgraben/Friedhof Pankow III auf Westberliner Gebiet eine Gruppe von 50 bis 60 Personen zusammengedrängt hatte, die aufgoputcht wurde und vermutlich eine Grenzprovokation vorbereitete. Ich begab mich mit dem Stabschef des Truppenteils, Oberstleutnant Klomn, und Major Günter in den Grenzabschnitt.

Bei unserem Eintreffen stellten wir fest, daß diese Gruppe inzwischen in das Staatsgebiet der DDR eingedrungen war und die Grenzmauer auf einer Breite von 2 Metern zerstört hatte. Von der Westberliner Polizei wurden diese Provokateure nicht an der Grenzverletzung gehindert, sondern abgesichert. Jedonfalls mußte das geschlußfolgert werden, denn die 'Ordnungshüter' waren bewaffnet und ebenfalls in das Staatsgebiet eingedrungen. Unsere Aufforderung, das Hoheitsgebiet der DDR sofort zu verlassen, wurde von den Provokateuren mit wüsten Beschimpfungen und von den Angehörigen der Westberliner Polizei mit dem Durchladen ihrer Waffe beantwortet. Alle Handlungen wurden durch Fernsichtteams gefilmt, Fotoreporter machten ununterbrochen Aufnahmen. Die Bewohner der angränzenden Hochhäuser des Märkischen Viertels unterstützten die Provokateure, indem sie von ihren Balkonen aus in die wüste Hetze gegen die Grenzsicherungskräfte der DDR einstimmten. Erst durch unser zwingendes Auftreten gelang es uns schließlich, die aufgoputchte Menschengruppe und die anwesenden Angehörigen der Westberliner Polizei über die Grenzlinie zurückzuführen. Allerdings zersetzten sie sich noch nicht, sondern erweckten den Eindruck, als warteten sie auf etwas.

Meine Schlußfolgerung, daß dort ein Grenzdurchbruch vorbereitet wurde, bestätigte sich, als wir im Ergebnis einer Suche einen ausländischen Staatsbürger festnahmen konnten, der die Grenze an dieser Stelle durchbrochen sollte. Erst im Anschluß daran, als die Provokation endgültig gescheitert war, zogen sich die Rowdys langsam in das Westberliner Hinterland zurück."

Auf einem anschließenden Truppenmeeting würdigte Genosse Paul Verner den Beitrag, den die Genossen des Truppenteils Köhler in Erfüllung ihres Klassenauftrages zum sicheren Schutz des Sozialismus und bei der Verwirklichung der Friedensoffensive der sozialistischen Gemeinschaft geleistet hatten. Er erklärte: "Was sich in der Nacht zum 8. Juli in Eurem Grenzabschnitt abgespielt hat, kann nicht von ungefähr. Diese Provokation gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zu Westberlin und die Bedrohung unserer Grenzsoldaten waren organisiert. Es war weder ein Zufall, daß unmittelbar zum Zeitpunkt des erwarteten Grenzdurchbruchs an diesem Abschnitt Fotoreporter und Westberliner Polizei bereit standen, noch war es Zufall, daß wenige Minuten danach, mitten in der Nacht, eine in Westberlin zusammengetrommelte Gruppe von Provokateuren Grenzsicherungsanlagen in diesem Abschnitt zerstörten. Hier hatten professionelle kalte Krieger und Ewiggestrige einen Anschlag vorbereitet, der als Torpedo gegen Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze gedacht war. Hier sollte nach dem Willen der Urheber dieser Provokation der Prozeß zur Normalisierung der Beziehungen gestört und der kalte Krieg erneut angeheizt werden. Euer ehrenvoller Auftrag ist es, mit dafür zu sorgen, den Sinn der Verträge zu erfüllen, die ja letzten Endes abgeschlossen wurden, um besonders in diesem Gebiet eine normale und ruhige Entwicklung zu gewährleisten. Seid Euch daher etete der hohen Verantwortung bewußt, die Ihr als Soldaten unserer Arbeiter- und Bauernmacht tragt."

Genosse Verner sprach all den Angehörigen des Truppenteils Dank und Anerkennung aus, die durch ihren besonnenen Einsatz jenen hinterhältigen Anschlag auf unsere Staatsgrenze durchkreuzt hatten. Im Namen des Ministerrates verlieh Generalleutnant Erich Peter Angehörigen des Truppenteils, die sich bei der Abwehr der Provokation besondere ausgezeichnet hatten, die Verdienstmedaille der NVA in Gold bzw. Silber. Darunter an Hauptmann Wolfhardt Wogon, Offizierschüler B.-Rüdiger Lehmann und Unteroffizier Horst Fiebling.

Auf den gescheiterten faschistischen Putsch vom 17. Juni 1953 anspielend und damit die Zielsetzung der Provokation charakterisierend, schrieb der "Bayern-Kurier" vom 14. Juli 1973:



"Seit den vergangenen Wochenende gibt es ein Zeichen der Hoffnung. Der 17. Juni 1953 war keine Endstation. Zwei Meter zerstörte Mauer gelten vor dem Tribunal der Geschichte mehr als tausend Kilometer regierungsantilig gebilligten Stacheldrahtes."

Diese Pressemitteilung unterstrich auch, daß es kein Zufall war, daß diese Provokation unmittelbar im Vorfeld der X. Weltfestspiele durchgeführt worden war. Die Erfahrungen belegen, Entspannunggegner nutzen oft politische Höhepunkte in der DDR oder wichtige internationale Ereignisse zu Provokationen an der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD, unmittelbar an der Trennlinie zwischen Sozialismus und Imperialismus in Europa. So war z.B. am 4. Mai 1971 - also nach dem Abschluß der Verträge zwischen der UdSSR und der BRD sowie der VR Polen und der BRD und der Zeit der intensiven Verhandlungen über das Vierseitige Abkommen - ein schwerer Anschlag auf die Staatsgrenze der DDR bei der Ortschaft Dahrendorf, Kreis Salzwedel, verübt worden. Damals waren bewaffnete Angehörige des BGS in des Territorium der DDR eingedrungen. Diese Grenzverletzung und die damit im Zusammenhang in der BRD inszenierte Verleumdungskampagne unterstrichen die Bemühungen der Entspannunggegner, die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu behindern.

Am 18. Juli 1975, also wenige Tage vor dem Zusammentritt der Konferenz von Helsinki, gibt es wiederum einen schweren Zwischenfall in Grenzabschnitt Groß Glienicke bei Potsdam. Eine Einheit des Grenzregiments "Clara Zetkin" bereitet sich auf den Grenzdienst vor. Sie wird als Verstärkung eingeführt. Der Zugführer nutzt dabei die aktuell-politische Information, um seine Untergebenen auf die Bedeutung der Konferenz in Helsinki hinzuweisen. Ordnungsgemäß meldet er seinem Kompaniechef den Abschluß der Vorbereitung auf den Grenzdienst. Eine sternklare, laue Sommernacht ist angebrochen. Der Kontrollstreifen wird kontrolliert und das Zusammenwirken der Grenzposten vom Zugführer organisiert. Gegen 22.30 Uhr meldet der Stellvertreter des Zugführers Motorengeräusche in der Nähe des Flugplatzes Gatow. Nach einer halben Stunde erreicht den Zugführer, Leutnant Ziehot, eine weitere Meldung. Ein Grenzposten meldet Klopfgeräusche an der Grenzmauer. Er begibt sich zum Grenzposten und beobachtet selbst diesen Abschnitt. Da setzt eine verstärkte Streifenfälligkeit der Westberliner Polizei und des Grenzzolldienstes ein. Plötzlich poltschen Schüsse durch die Nacht. Auf die Grenzer wird geschossen. Jetzt gilt es, einen klaren Kopf zu behalten und richtige Entscheidungen zu treffen, so denkt der Zugführer. Er meldet das Vorkommnis seinem Vorgesetzten. Von ihm bekommt er den Befehl:

"Abschnitt abriegeln und die Ausdehnung der Provokation nicht zulassen!"

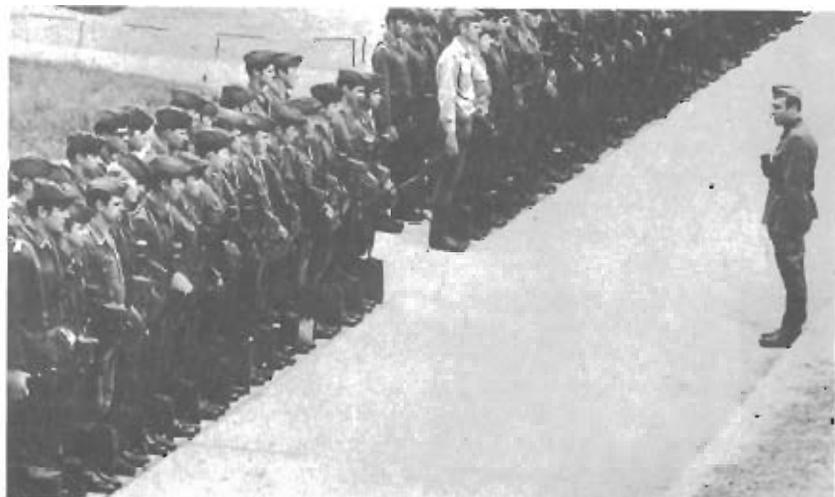
Leutnant Ziehut schildert die weiteren Ereignisse so: "Die Meldung ist erstattet, der Befehl entgegengenommen. Die Posten müssen eingewiesen werden. Auf der Fahrt zum Nachbarposten, erneut Schüsse! Wir verlassen das Fahrzeug und suchen hinter ihm Deckung. Während ich beobachte, erteile ich den Befehl, den vor uns liegenden B-Turm zu erreichen und Meldung über die erneute Provokation zu erstatten. Der Kraftfahrer rennt los, erneut wird geschossen und befrriedigt stelle ich fest, daß die Gefechtsausbildung ihre Früchte trägt. Mein Fahrer bewegt sich wie im Übungsgelände. Da spüre ich einen Schlag an der Schulter. Schmerzen spüre ich nicht, sicher vor innerer Erregung. Ich denke: Mensch, reiß dich zusammen, Gib keinen Ton von dir, führe die Beobachtung weiter und handle überlegt! Trotz intensiver Beobachtung, keine Feststellung, die Provokateure sind offensichtlich gut getarnt und nutzen die Dunkelheit. Da höre ich Geräusche und nehme das Eintreffen von Verstärkungskräften wahr. Zum Gruppenführer gewandt, sage ich: 'Ruhig, ich bin verletzt, aber schieß bleiß nicht zurück.' Die Beobachtung ist aus gedeckter Stellung weiterzuführen. Die Weisung des Kompaniechefs lautet: 'Die Ausdehnung dieser Provokation ist nicht zuzulassen. Junge, laßt Euch nicht provozieren.' Ich werde abtransportiert, im Regimentamed.-Punkt versorgt und erfahre, daß ich schwer verletzt bin."

Auch in den Chroniken anderer Grenzregimenter sind ähnliche Beispiele zu finden. Gemeinsam ist all diesen Zwischenfällen, daß ihre Urheber immer spannungsfeindliche, revanchistische Kräfte waren. Letztendlich wurde die Ausweitung zu folgeschweren Grenzzwischenfällen inner durch das besonnene und disziplinierte Verhalten unserer Grenzposten verhindert.

Grenzsoldaten im Festival

An Schluß seiner Rede, am 13.07.1973 in der Ernst-Schnoller-Kaserne in Berlin, unterstrich das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Paul Vornor, die große Verantwortung der Grenztruppen für die Sicherung der unmittelbar bevorstehenden X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Er erklärte: "Mit der zuverlässigen Sicherung der Staatsgrenze leistet Ihr Euren Beitrag zum Gelingen des Festivals,

und die Abgesandten der friedliebenden Jugend der Welt, die in unserer Hauptstadt unter der Losung "Für ant imperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft" zusammenkamen, werden es Euch danken." Mit dieser Aufgabenstellung war vor allem eine große Herausforderung an die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend im Verband Geier der Grenztruppen verbunden. Sie in erster Linie mußten durch ihre gewissenhafte Dienstdurchführung zum unge störten Ablauf aller Veranstaltungen des Festivals beitragen. Das hatten sie als ihren wichtigsten Verbandsauftrag in dieser Zeit zu verstehen. Befanden sich doch viele der Hauptschauplätze des Festivals, wie zum Beispiel das "Stadion der Weltjugend", in unmittelbarer Grenznähe. Selbstverständlich waren umfangreiche Vorbereitungen für die erfolgreiche Erfüllung der Grenzsicherungsaufgaben an der Staatsgrenze gegenüber Berlin (West) aber auch an der Staatsgrenze zur BRD erforderlich, die in allen Verbänden mit großem Verantwortungsbewußtsein getroffen wurden. In allen Verbänden, Truppenteilen und Einheiten wurde eine lebensnahe, sachbezogene politisch-ideologische Arbeit geleistet, die alle Angehörigen der Grenztruppen zu hohen Leistungen motivierte. Sorgfältig erfolgte die Auswahl von Spezialisten in den Verbänden Bär und Lorenz zur Unterstützung der Genossen des Verbandes Geier. Sie bewährten sich in den Tagen des Festivals so hervorragend, daß z.B. von zehn im Truppenteil Geschke eingesetzten Genossen einer bereits vor Ablauf des Festivals belobigt werden konnte. Der Kommandeur bekannte freimütig: "Diese vorbildlichen Genossen möchte ich gleich hier behalten." Überall vollbrachten die FDJler der Grenztruppen unter der Losung "Kampfkurs X" vorbildliche Leistungen in der Ausbildung und der Grenzsicherung in Vorbereitung der Weltfestspiele. Major Karl-Heinz Herzog, langjähriger Jugendfunktionär in den Grenztruppen und Delegierter zu den X. Weltfestspielen, erinnert sich später: "Schon lange bereiteten wir uns in der FDJ-Organisation des Truppenteils "Robert Abshagon" auf dieses große Fest vor. Wir wollten ja nicht mit leeren Händen nach Berlin fahren. Besondere Anstrengungen wurden unternommen, um unsere Staatsgrenze stets zuverlässig zu sichern. Mit den der FDJ eigenen Formen und Methoden leisteten wir dazu einen konkreten Beitrag. Wir, die Delegierten aus dem Truppenteil, stellten uns an die Spitze bei der Lösung der Aufgaben, und schnell kam der Tag heran, an den wir von Kommandeur des Truppenteils, Oberstleutnant Fähnrich, nach Berlin verabschiedet wurden. Während die Masse der Grenzer vom 28.07. bis 05.08.1973 wie üblich am Spreeweiler, an Werra und Elbe auf Wache zogen und einen anstrengenden Dienst verrichteten, waren



500 ihrer Besten als Delegierte beim Festival dabei. Unter ihnen die Genossen Leutnant Karl-Heinz Waniak und Gefreiter Frank Leonhardt aus der Grenzkompagnie Guhl, die am 23. Juli 1973 mit einem "Ernst-Thälmann-Ehrenbanner" des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgezeichnet worden waren. Lassen wir einige jener Genossen, die in diesen Tagen an der Grenze standen und jener, die in Berlin dabei waren, zu Wort kommen: Der vorfristig zum Postenfürher ernannte Soldat Karl-Heinz Kowalik erklärte: "In diesen Tagen, in denen wir die Jugend der Welt als Mit-Gastgeber begrüßen, tragen wir eine große politische und militärische Verantwortung als Postenfürher an der Staatsgrenze zu Berlin (West). Jeder soll wissen, daß wir alles tun, um unsere Aufgaben unter allen Lagebedingungen besonnen und exakt zu lösen."

Der Postenfürher, Gefreiter Dieter Stahl, meinte: "Mit unserer guten Dienstdurchführung tragen wir dazu bei, daß die internationale Manifestation der jungen Generation ein voller Erfolg für uns alle wird, denen Frieden, Freundschaft und Solidarität am Herzen liegen."

Gefreiter Dieter Wollenberg sagte: "Meine Delegation nach Berlin habe ich mir nicht nur allein durch meine Leistungen ermöglicht. Dahinter stehen die Ergebnisse der gesamten FDJ-Grundorganisation."

Feldwebel Olaf Kleinstäuber betonte: "Berlin war das größte Erlebnis in meinem bisherigen Leben."





Ich danke für das Vertrauen und verspreche, es jederzeit zu rechtfertigen." Und nicht nur Genosse Kleinstauber rechtfertigte bereits in Berlin das Vertrauen aller Grenzer. In jeder Beziehung bewiesen sie sich als "in bester Kondition", nicht zuletzt auf dem Alex, im freundschaftlichen Meinungsaustausch mit Gleichgesinnten aber auch in harten Diskussionen mit Zweifelnden, Unwissenden und Ewiggestrigen. Die dort bewiesene Standhaftigkeit der Grenzer veranlaßte dann auch jene Zeitung, die sich hochstaplerisch "Die Welt" nennt, zu folgendem Klagegedicht: "Oas alles, die Diskussionen und der Gesang der Grenzsoldaten geschieht mit lächelnden Gesicht, mit der Haltung derer, die nicht zu überzeugen sind, weil sie die einzig reine Lehre besitzen..." Mit dem Elan und der Begeisterung, die das Festival beherrschten, kochten die Delegierten der Grenztruppen in ihre Einheiten zurück und berichteten ihren Genossen ausführlich über das große Fest der Freundschaft. Dabei betonten sie übereinstimmend: Der Schwung, der alle Grenzer während des Festivals in Dienst und in Berlin geleitet hat, muß nun für neue Taten genutzt werden. Inzwischen sind Jahre vergangen, geliebt ist bei allen Teilnehmern und Mitgestaltern der X. Weltfestspiele die Erinnerung an große Tage, Erlebnisse und gewonnene Freunde.

Helmut Guhl

Jahrgang 1930, von Beruf Maurer und von 1949 bis 1952 als Heuer bei der Wismut beschäftigt, wurde er 1952 Angehöriger der Deutschen Grenzpolizei. Von 1954 an war er als Gruppenführer, Hauptfeldwebel und nach dem Besuch der Offiziersschule der Deutschen Grenzpolizei in Glöwen seit 1960 als Zugführer und Kompaniechef im Bereich der Grenzbrigade Frankfurt/Oder eingesetzt. Im Jahre 1961 gehörte er zu jenen Genossen, die mit ihren Einheiten an die Staatsgrenze zur BRD verlegt wurden. 20 Jahre verrichtete Genosse Guhl einen vorbildlichen Dienst. Als Stellvertreter für politische Arbeit in einer Grenzkompanie, als Parteisekretär in einem Grenzbataillon, als Kompaniechef und schließlich als Stabschef eines Grenzbataillons in der Börde. Seine Grenzkompanie gehörte zu den Schrittnacherkollektiven, erkämpfte regelmäßig den Titel "Beste Einheit" und wurde 1973 mit einem "Ernst-Thälmann-Ehrenbanner" des ZK der SED ausgezeichnet. Die besondere Sorge des Genossen Guhl galt immer der Festigung der Verbindungen mit der Grenzbevölkerung, und es ist mit



sein Verdienst, daß alle Bürger der Grenzgemeinde, in denen die Kompanie stationiert ist, auch heute "unsere Jungs" sagen, wenn sie die Grenzer meinen und "unsere Kompanie". Oberstleutnant Guhl wurde für seine Verdienste u.a. mit der Verdienstmedaille der DDR und dem Kampforden "Für Verdienste um Volk und Vaterland" ausgezeichnet. Seit 1982 ist er Kommandant einer GÜSt an der Oder-Neiße-Friedensgrenze.

Oberstleutnant Götze, damals Oberinstruktour für Jugendarbeit an der Unteroffiziersschule der Grenztruppen, schrieb z.B. 1987: "Wenn ich heute im Plattenschrank krame, fällt mir manchmal die Schallplatte "Melodien der Freundschaft" in die Hände. Auf der Hülle dieser Platte

befinden sich zahlreiche Autogramme von Festivalteilnehmern und Gästen. Mit jeder dieser Unterschriften verbinden sich Erinnerungen und Erlebnisse, Gespräche und Eindrücke. So mit dem sowjetischen Ringer Medwed, Tåve Schur, dem Helden der Sowjetunion, Armeegeneral Betow, dem Stabhochspringer Wolfgang Nordwig, der Kommunistin Walentina Tereschkowa, mit Juri Babanski, den Angehörigen der sowjetischen Grenztruppen... Die erste Begegnung mit letzterem hatte ich beim Treffen FDJ - Komsomol in der Kongresshalle an Alex. Aufgefallen war mir der Sergeant, weil er an seiner Uniformbluse den goldenen Stern eines "Helden der Sowjetunion" trug. Ich ging auf seinen Tisch zu, begrüßte ihn herzlich und überreichte ein kleines Souvenir. Sofort waren wir in ein Gespräch vertieft und bald war klar, daß sich hier zwei Grenzsoldaten, Freunde, Kampfgefährten getroffen hatten. Es folgte ein langer Gedankenaustausch über den Dienst an unseren Staatsgrenzen, über die Solidarität und Freundschaft, über die Klubarbeit, über die Sicherung des Friedens, über die Kinder und die Liebe. Wir trafen uns dann noch zweimal an der Weltzeituhr auf dem Alexanderplatz. Heute noch danke ich mit großer Bewegung an meinem Freund, den Genossen Juri, den sowjetischen Grenzer."

Für ein höheres Niveau der Unteroffiziersausbildung

Die Geschichte der Grenztruppen der DDR ist untrennbar verbunden mit der Heran-, Aus- und Weiterbildung ihrer Unterführer. In all den Jahren haben sich die Unteroffiziere beim sicheren Schutz der Staatsgrenze, bei der Erhöhung der Gefechtsbereitschaft und bei der Erziehung ihrer Unterstellten bewährt. Eine große Zahl von ihnen wurde Offizier oder Fähnrich. Nicht wenige von ihnen wurden später Parteifunktionäre, Bürgermeister oder LPG-Vorsitzende. Sie nehmen und nehmen einen geachteten Platz in unserer Gesellschaft ein. Schwer war der Weg bis zu einem festen System der Unteroffiziersausbildung. Ein wichtiger Schritt dazu war die Bildung der Unteroffizierschule VI in Glöwen und VII in Potsdam im Jahre 1971. Um ein hohes Niveau der Grenzdienstbezogenheit in der Ausbildung und Erziehung zu sichern, wurden erfahrene Truppenoffiziere eingesetzt. In Glöwen waren das unter Führung von Oberst Fritz Rothe u.a. die Oberste Günter Fischer und Gerhard Richter, in Potsdam unter der Führung von Oberst Walter Tanner der Oberst Kasimir Hensel und Oberstleutnant Egon Buchholz sowie weitere erfahrene Offiziere.



Mit der Fertigstellung einer neuen, modernen Unteroffiziersschule an Standort Perleberg wurde bereits zwei Jahre später, am 1. April 1973, die Unteroffiziersschule VII aufgelöst und in den Bestand der Unteroffiziersschule VI eingegliedert. Es entstand eine einheitliche, zentrale und moderne Basis der Heran-, Aus- und Weiterbildung der Unteroffiziere der Grenztruppen der DDR. Die Unteroffiziersschule VI entwickelte sich zu einem bedeutenden Ausbildungszentrum der Grenztruppen der DDR. Ihr Kommandeur, Fritz Rothe, mit seinem Kollektiv der Führung, zu dem u.a. die Oberste Gerhard Richter, Hans Wierßing und andere gehörten, erfüllten gewissenhaft die im Befehl 35/73 des Stellvertreters des Ministers und Chefs der Grenztruppen gestellten Aufgaben zur Auffüllung des Unteroffizierskorps der Grenztruppen in 25 Verwendungen. Für ihre erreichten Ergebnisse in der Ausbildung wurde der Unteroffiziersschule VI am 28. Februar 1974 auf Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung der verpflichtende Name "Unteroffiziersschule" Egon Schultz" verliehen. Unteroffizier Egon Schultz, im Zivilberuf Lehrer, gab sein junges Leben bei der Sicherung der Staatsgrenze der DDR.

Die Unteroffizierschule "Egon Schultz" hat sich dieses Namens immer würdig erwiesen. Sie wurde mit dem Kampforden "Für Verdienste um Volk und Vaterland" in Gold und mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold ausgezeichnet.

Die Geschichte der Unteroffizierschule reicht weit zurück bis in die ersten Jahre des Bestehens der Grenzpolizei. Generalmajor a.D. Fritz Rothe erinnert sich: "In den Jahren des Anfangs der Grenzpolizei trugen die Leiter der Grenzkommandanturen die Verantwortung für die Heranbildung ihrer Unterführer. In besonderen Schulungen wurden polizeiliche Kenntnisse vermittelt, die den damaligen Erfordernissen entsprachen. Die Besten von ihnen, die auch Führungseigenschaften erkennen ließen, wurden als Wachhabende und Kommandoleiter eingesetzt. Mit der weiteren Stabilisierung des Dienstregimes konnte im März/April 1949 der erste Unterführerlehrgang stattfinden. Er dauerte drei Wochen und wurde in Dresden, im Objekt der heutigen VP-Bereitschaft, durchgeführt. Nun begannen in allen Ländern die neugeschaffenen Abteilungen Grenzpolizei mit der Organisation einer planmäßigen Ausbildung ihrer Unterführer in Kurzlehrgängen. Später entstanden in Stintenburg, Kreis Hagenow, Dömitz an der Elbe, Groß Glienicke und Gotha Ausbildungseinrichtungen für Unterführer. Die von 09. bis 12. Juli 1952 tagende II. Parteikonferenz der SED faßte wichtige Beschlüsse für die weitere Stärkung der Sicherheit des Staates. Die damit verbundenen gewachsenen Ansprüche stellten höhere Anforderungen an das Grenzsicherungssystem und an die Kadaver der Grenzpolizei. Ein stärkeres und wirksameres System der Heranbildung von Unteroffizieren war eine unabwendbare Notwendigkeit. Dazu wurden vorbildliche Postenführer ausgewählt. Ein hoher Anteil von Mitgliedern und Kandidaten der SED waren die Voraussetzung dafür, daß die Unteroffiziere in den Klassenkämpfen jener Zeit und später ihre Aufgaben als Vorgesetzte vorbildlich erfüllten. Das Unteroffizierskorps entwickelte sich so zu einer entscheidenden Stütze des Systems der Grenzsicherung und der Erziehung und Ausbildung ihrer Unterstellten.

Der Chef der Grenztruppen, Generalmajor Gartmann, stellte 1954 zur Eröffnung der Unteroffizierschulen Groß Glienicke und Dittrichshütte Aufgaben zur vollkommeneren Beherrschung der Waffentechnik, zur eigenen Disziplin, zur größeren Wachsamkeit sowie zur strikten Durchführung erteilter Befehle. Zu den Führungskräften dieser Schulen gehörten der heutige Generalleutnant Gerhard Lorenz und die Genossen Dieter Claasen und Dieter Erlor, heute Oberst, sowie Rolf Kanthak, heute Oberst a.D.

Mit der weiteren Profilierung und Spezialisierung der Unteroffiziersausbildung erwies es sich als notwendig, Unteroffizierschulen für Dienststundführer in Bautzen, später in Schenkendorf, und für Nachrichtenunteroffiziere in Glöwe, später in Frankfurt/Oder, zu schaffen. Wesentliche Aufgaben für die Erziehung und Ausbildung von Unteroffizieren ergaben sich aus der III. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in der Deutschen Grenzpolizei vom 05. und 06. März 1956.

In der EntschlieÙung dieser Konferenz wurde gefordert: "Die Erziehung und Ausbildung an den Lehranstalten so zu vervollkommen, daÙ die ... Unteroffiziere zu talentierten Organisatoren des politischen ~~Massen~~kampfes und zu militärisch und pädagogisch qualifizierten ... Unteroffizieren entwickelt werden."

Die mit Befehl 48/57 des Ministers des Innern festgelegte einheitliche Struktur machte auch ein neues Ausbildungssystem erforderlich. Alle Unteroffiziere mußten jetzt eine Unteroffizierschule besuchen. Im April und Mai 1958 leisteten die Unteroffizierschüler erstmalig ihren Schwur auf die DDR.





Der Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen und Chef Ausbildung, Generalmajor Thieme, im Gespräch mit Gruppenführern einer Ausbildungseinheit

Die ständige Sorge der Parteiführung um ihre Kader an der Staatsgrenze wurde erneut durch eine Beratung unterstrichen, die Erich Honecker, Kandidat des Politbüros der SED, im Mai 1958 mit Parteikativisten im Kommando der Grenzpolizei durchführte. Dabei wurde besonders die Verantwortung der Vorgesetzten herausgestellt und der Grundsatz: "Truppenführung ist Menschenführung" erläutert. Das hatte große Bedeutung für die Gestaltung der Lehrpläne. Unter der Losung: "Auf sozialistische Weise die militärischen Pflichten erfüllen, sozialistisch lernen und leben" wurden Anstrengungen unternommen, die militärpolitischen Themen praxisnah zu vermitteln.

Zur Hebung der Allgemeinbildung der Unteroffiziere fand die Anfang der sechziger Jahre entwickelte Methode, in den Fächern Deutsch, Mathematik, Physik und Chemie den Abschluß der 10. Klasse auf der Grundlage von Lehrbriefen zu erreichen, breiteste Anwendung. Die Anstrengungen bei der Erziehung und Ausbildung von Unteroffizieren trugen Früchte, wie sich das bei den Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 zeigte. Hunderte Unteroffiziere, deren Dienstzeit im Herbst 1961 abgelaufen war, verpflichteten sich angesichts der militärischen Drohungen des Gegners zu längerer Dienstzeit. Die Unteroffiziere des

Herbert Rasch

Der Arbeiterjunge Herbert Rasch aus Ohrdruf in Thüringischen meldete sich freiwillig zu den bewaffneten Kräften wenige Monate bevor die DDR gegründet wurde. Er hatte an höchstens 3 Jahre Dienst bei der Grenzpolizei gedacht. Es wurden viele Jahre länger. Seit 1956 Mitglied der SED, wurde dem späteren Major immer wieder bescheinigt, daß er tatkräftig, entschlossen, erfolgreich und ein angesehener Kommunist ist. Seine Soldaten sagten von ihrem Major und Kompaniechef: "Man muß schon einiges bringen, um vor ihn zu bestehen. Er legt uns immer wieder ans Herz: 'Alles, was für eine vorbildliche Grenzsicherung notwendig ist, muß in der Ausbildung exakt vorbereitet werden.' Und da ziehen wir natürlich mit." Im Jahre 1974 wurde Genosse Rasch als erster Angehöriger der Grenztruppen der DDR mit dem Orden "Banner der Arbeit" ausgezeichnet. Im gleichen Jahr wählten ihn



die Einwohner seines Wohnortes in die Gemeindevertretung. Daß einer von ihren Grenzen da vertreten sein mußte, war im Dorf klar. Und daß Herbert Rasch dafür der Richtige sei, darüber war man sich schnell einig. Er wurde Ratsmitglied für Wohnungswesen. Auch nach seiner Versetzung in die Reserve ist Major Rasch, der am Standort seiner ehemaligen Kompanie wohnt, Grenzer geblieben.

Grenzregiments Plauen entschlossen sich, geschlossen weiter zu dienen. Nach der Unterstellung der Deutschen Grenzpolizei unter den Minister für Nationale Verteidigung am 15. September 1961 folgten Schritte der weiteren Qualifizierung der Heranbildung von Unteroffizieren. In diesen Jahren wurden an der Staatsgrenze zur BRD Unteroffiziersausbildungsbataillone bei den Grenzbrigaden geschaffen. Im Bereich der Stadtkommandantur Berlin entstand 1967 das Unteroffiziersausbildungsregiment mit seinem Standort Potsdam."

Die Delegiertenkonferenz empfahl auch Aufgaben für 1970/71. Es wurde notwendig, dauerhafte Lösungen in der Unteroffiziersausbildung zu schaffen und die Konzentration und Zentralisierung der Kräfte und Mittel anzustreben.

Masseninitiative wird gewürdigt

Auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. Parteitagess vollzog sich eine außerordentlich positive Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft der DDR, die es der Partei- und Staatsführung ermöglichte, weitreichende Maßnahmen zur Verwirklichung des vom Parteitag beschlossenen sozialpolitischen Programms festzulegen. So wurden die Ranten und Leistungen der Sozialversicherung für 3,5 Millionen Bürger und die Mindestlöhne für 1,7 Millionen Werktätige erhöht. Es gab weitere Verordnungen, um vor allem die Wohnverhältnisse der Arbeiter zu verbessern und berufstätige Mütter, junge Ehen und kinderreiche Familien besonders zu fördern. Deutlich wurde, wie ernsthaft die Partei an der Durchsetzung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik arbeitete. Immer mehr Werktätige erkannten durch diese gesellschaftliche Praxis besser als vor dem Parteitag, daß sich ange strengte, ehrliche Arbeit nicht erst in einer fernen Zukunft auszehlt, sondern sich unmittelbar auf die Verbesserung ihres Lebensniveaus auswirkt. Es zeigte sich, daß alles, was der Parteitag beschloß, sein wird. Das spornte alle Bürger der Republik zu hohen Arbeitsleistungen an, löste vielfältige Initiativen aus und hob den sozialistischen Wettbewerb in allen Bereichen der Volkswirtschaft auf ein höheres Niveau. Auch in den bewaffneten Kräften der Republik, darunter den Grenztruppen, war das so. Die Genossen erkannten an ihren Heimat- und Dienstorten, je in ihren eigenen Familien, daß die Sicherung des sozialistischen Aufbauwerkes eine immer größere Bedeutung gewinnt, die zu schützenden Errungenschaften und Werte gewichtiger werden, der Dienst des Soldaten einen tieferen Sinn erhält. Außerdem wurde sichtbar: die Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen machten auch vor den Kasernenwänden nicht halt. Damit erweiterte sich für die Genossen die Motivation für hohe Leistungen in der Ausbildung und Grenzsicherung. Die Genossen der Grenzkompagnie Weißbach, Truppenteil "Florian Geyer", konnten bereits im zweiten Wettbewerbsmonat des Ausbildungsjahres 1972/73 eine Reihe erfüllter Verpflichtungen vorweisen. Die Staatsgrenze wurde stets zuverlässig gesichert.

In der Schutzausbildung und in der MKE standen die ersten Noten "gut" und "sehr gut" für Bestentitel zu Buche. Das Kollektiv von Stabsfeldwebel Köppl kämpfte, gleich anderen, erfolgreich um die Auszeichnung mit dem Bestentitel. Gute Unterstützung erhielt die Kompanie von ihren freiwilligen Helfern. Diese hatten bei Kontrolleinsätzen und Grenzsicherungsarbeiten ausgezeichnete Leistungen erreicht. Die Kompanie kam also gut voran auf dem Wege, den ersten Platz im Truppenteil zu erringen. Ähnliche Ergebnisse waren im Wettbewerb: "Kampfkure X - wachsam und gefachtsbereit" bereits von vielen anderen Einheiten, Truppenteilen, Verbänden, in den Lehreinrichtungen und von Kollektiven der Zivilbeschäftigten erzielt worden. Das Jahr 1973, das entscheidende Jahr des vom VIII. Parteitag beschlossenen Fünfjahrplanes, fing also auch bei den Grenztruppen gut an. Eine breite Zustimmung und neue Initiativen löste der gemeinsame Beschluß des Politbüros des ZK der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR vom Januar aus. Für hervorragende Leistungen bei der Organisation und Führung des sozialistischen Wettbewerbes zur Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1973 sollten im Januar/Februar 1974 eine große Anzahl von höchsten Auszeichnungen, darunter 500 Karl-Marx-Orden, 1.000 Ehrentitel "Held der Arbeit" und 1.000 Vaterländische Verdienstorden in Gold, verliehen werden. Vorgesehen für diese hohen Ehrungen waren Einzelpersonlichkeiten, Kollektive, Betriebe, Institutionen und Einrichtungen aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sowie Truppenteile und Verbände der bewaffneten Organe der DDR. Die Einbeziehung der bewaffneten Kräfte in diese Auszeichnung für die Übererfüllung volkswirtschaftlicher Aufgaben machte einmal mehr den untrennbaren Zusammenhang zwischen den ökonomischen Fortschritten und der Sicherung günstiger äußerer Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die erfolgreiche Verwirklichung der Politik der Partei deutlich. Mit gesteigerter Intensität wurde der Wettbewerb in den Grenztruppen nach diesem Beschluß fortgesetzt.

In der Grenzkompanie Babel, in der der ermordete Leutnant Lutz Meier als Zugführer gedient hatte, übernahmen erfahrene Grenzsoldaten Patenschaften über ihre jüngeren Klassenengenossen. Gemeinsam wurde nach Wegen gesucht, um die Grenzsicherung ständig zu verbessern. Es wurde hart trainiert, um die vorgesehenen Normen zur Herstellung einer höheren Stufe der Gefechtsbereitschaft zu unterbieten. Jede Möglichkeit wurde genutzt, um sich täglich politisch und militärisch auf die Erfüllung des Klassenauftrages vorzubereiten.

Für die Genossen der Grenzkompanie Böhme im Verband Geier war der am Ende des letzten Ausbildungsjahres durch den Minister verliehene Beutentitel eine zusätzliche Verpflichtung zu neuen Taten. Mehr als 100 Belobigungen schon im ersten Ausbildungshelbjahr waren ein sichtbares Zeichen ihrer Anstrengungen, sich mit ihren Leistungen als gute Gastgeber für die Jugend der Welt zu erweisen.

Oberstleutnant Kohle, im Stab des Verbandes tätig, konnte im Ergebnis einer Kontrolle feststellen: "Ungeachtet der heutigen Witterungsunbilden - es regnete in Strömen - versahen die Genossen einen vorbildlichen Dienst, unterließen keinen Augenblick die Beobachtung des Geländes. Bei der Ablösung konnten sie erneut melden: Befehl zum Schutz der Staatsgrenze erfüllt."

Zu den Schrittmacherkollektiven in den Grenztruppen gehörten in jenen Jahren die Grenzkompanien Rasch und Guhl. Beide Genossen zählten zu den erfahrensten und besten Kompaniechefs im Verband Bär. Die Kompanie von Major Rasch hatte einen außerordentlich komplizierten, stark bewaldeten und zerklüfteten Grenzabschnitt im Mittelgebirge zu sichern. Die Grenzkompanie von Major Guhl war in einem kleinen Bördedorf stationiert. Über Jahre hinweg wehrten beide Kompanien alle Angriffe auf die Staatsgrenze in diesem Abschnitt ab und verhinderten die Ausdehnung von Provokationen auf das Staatsgebiet der DDR. Im Ausbildungsjahr 1972/73 belegten sie wiederum vordere Plätze im Wettbewerb ihrer Truppenteile und wurden dafür hoch geehrt.

Für die Grenztruppen insgesamt war das Ausbildungsjahr 1972/73 das erfolgreichste in ihrer Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt. In der politischen und Gefechtsausbildung sowie bei der Sicherung der Staatsgrenze wurden herausragende Ergebnisse erzielt; der Klassenauftrag erfolgreich erfüllt.

Bei der Auswertung des Ausbildungsjahres erhielten sie dafür vom Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, eine hohe Bewertung.

4. Februar 1974 - ein Tag, der für immer in den Chroniken von Truppenteilen, Verbänden, Lehreinrichtungen der Grenztruppen der DDR sowie der Teiltruppenkräfte verzeichnet sein wird. Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, nahm die feierliche Verleihung hoher staatlicher Auszeichnungen vor. In seiner Rede erklärte er u.a.: "Ihnen, den Vertretern der Teiltruppenkräfte der Nationalen Volksermee und der Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik, ist



Der Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, überreicht den Grenzgruppen der DDR den Karl-Marx-Orden

heute die große Ehre zuteil geworden, hohe staatliche Auszeichnungen für hervorragende Leistungen im sozialistischen Wettbewerb entgegenzunehmen ... Für diese große Ehre danken wir aus ganzem Herzen. Sie ist ein erneuter Ausdruck der Wertschätzung, die das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dem militärischen Schutz des Sozialismus und allen seinen Waffentragern entgegenbringt ... Mit hervorragendem Einsatz in der Ausbildung, im Diensthabenden System sowie im Grenzdienst und an Schwerepunkten in der Volkswirtschaft reihen sich unsere Einheiten und Truppenteile in die großen Leistungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik würdig ein."

Nach einer Schilderung der beeindruckenden Ergebnisse betonte der Minister weiter:

"Das alles berechtigt zu der Einschätzung, daß uns der Wettbewerb ein gutes Stück vorangebracht und geholfen hat, militärische Klassenkämpfer des Sozialismus auszubilden, die in sich hohe politische Bewußtsein und militärisches Können vereinen, die jeden Befehl bedingungslos, diszipliniert und mit Initiative erfüllen."

Danach zeichnete der Minister die Teilstreitkräfte der Nationalen Volksarmee und die Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Karl-Marx-Orden aus.

Die Offizierschule der Grenztruppen "Rosa Luxemburg" wurde mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold, Generalleutnant Erich Peter mit dem Scharnhorst-Orden geehrt.

Mit dem Orden "Banner der Arbeit" wurde u.a. der Truppenteil "Neidhardt von Gneisenau" und Major Herbert Resch ausgezeichnet. Weitere Genossen und Kollektive erhielten die Verdienstmedaille der DDR bzw. andere hohe Auszeichnungen.

Alle Angehörigen der Grenztruppen leiteten aus dieser Würdigung ihrer Tätigkeit die Verpflichtung ab, auch in Zukunft ihre Kräfte bei der Erfüllung der Parteibeschlüsse und der Befehle der Vorgesetzten nicht zu schonen, stets um hohe Leistungen bei der Sicherung des friedlichen Aufbauwerkes in der DDR zu ringen und ihren Beitrag an der Seite der Waffenbrüder der sozialistischen Bruderländer für den Schutz der sozialistischen Staatengemeinschaft zu erbringen.

Mörder von Grenzsoldaten unter dem Schutz der BRD-Justiz

Es ist der 18. Dezember 1975, ein Tag mit strengem Frost. In der Nacht werden im Waldburger Ländchen zwanzig und mehr Minusgrade erwartet. Rein witterungsmäßig herrschen also komplizierte Bedingungen für den Grenzdienst. Dazu war seit dem 16.12. bekannt, daß damit gerechnet werden muß, daß ein bewaffneter Bandit die Staatsgrenze der DDR in Richtung BRD durchbrechen will. In dieser Situation beginnt Leutnant Wagner in der Grenzkompanie Veilsdorf gegen 16.00 Uhr mit der Vorbereitung seiner Genossen auf den bevorstehenden Grenzdienst. Eingehend erläutert er ihnen die Lage und unterstreicht, daß der Gesuchte, ein gewisser Weinhold, mit einer MPi bewaffnet ist und wahrscheinlich Tarnbekleidung trägt. Danach erteilt er die erforderlichen Befehle und weist die Posten zwischen 17.00 und 18.00 Uhr persönlich in die ihnen zugewiesenen Grenzabschnitte ein. Gefreiter Klaus-Peter Seidel als Postenführer und Soldat Jürgen Lange als Posten werden an einer Ecke des Waldstückes Staudig eingesetzt. Von dort bis zum vorderen Sparralelement liegen etwa 100 m freie Fläche mit teilweiseem Gebüschbewuchs. Vorort ist die Lage im Grenzgebiet ruhig. Gegen Mitternacht begannen sich jedoch die Anzeichen zu verdichten, daß Weinhold versuchen könnte, in diesem Abschnitt die Staatsgrenze zu durchbrechen. Deshalb werden zusätzliche Sicherungskräfte eingeführt. Bei ihrer Einweisung und einer Postenkontrolle um 19.12. sieht Leutnant Wagner zwischen 01.45 und 02.00 Uhr die Genossen Seidel und Lange letztmalig lebend.

Im Abschnitt ist nichts Verdächtiges zu bemerken. Genosse Wagner fährt weiter. Als er gegen 02.35 Uhr sein Fahrzeug verläßt, um ein weiteres Postenpaar einzusetzen, wird die Stille von einem langen Feuerstoß - keinem Schußwechsel - aus Richtung Waldecke zerrissen. Er befindet sich zu diesem Zeitpunkt ca. 600 m Luftlinie von diesem Punkt entfernt. Sofort setzt er eine Meldung an die Führungsstelle der Kompanie ab und begibt sich mit seinem Fahrzeug zum Postenbereich der Genossen Seidel und Lange, wo er nach etwa 5 bis 7 Minuten eintrifft. Beide Genossen liegen reglos am Boden und reagieren weder auf Ansprechen noch Berührungen. Später kann nur noch ihr Tod infolge Schußverletzungen in den Rücken und irreparablen Schädigungen lebenswichtiger innerer Organe festgestellt werden.

Festgestellt wird weiter, daß aus den Waffen der Genossen Seidel und Lange nicht geschossen worden ist. Die sofort einsetzenden Untersuchungen erhärten den Verdacht, daß es sich bei dem Täter um den ge-



An den Jacken beider Grenzsoldaten sind deutlich die Einschüsse erkennbar

suchten Weinhold handelt. Dieser hatte, als er bei der Annäherung an die Staatsgrenze auf das Postenpaar traf, die Genossen Seidel und Lange, wie für einen solchen Fall vorbedacht und geplant, unverzüglich, kaltblütig und hinterhältig, aus kürzester Entfernung ermordet und dann sofort die Staatsgrenze durchbrochen. Später brüstete er sich in der Bundesrepublik damit, ein guter Schütze zu sein. Der hier sehr komprimiert wiedergegebene Sachverhalt aus der Nacht vom 18. zum 19.12. wurde bei einer vom 26./28. April 1976 durch den 2. Strafsenat des Bezirksgerichtes Dresden vorgenommenen gerichtlichen Beweiserhebung in der Auslieferungsangelegenheit Weinhold bestätigt. Zwei der daran teilnehmenden Vertreter der Bundesrepublik mußten einräumen, daß die Beweiserhebung ruhig und sachlich geführt worden war, und man an den dabei festgestellten Ergebnissen kaum vorbeigehen konnte. Doch kehren wir als Zeitzeugen zum Jahr 1975 zurück und schildern nüchtern - obwohl das sehr schwerfällt - was nach dem 19.12. geschehen ist. Aufgrund der ersten Untersuchungsergebnisse erließ das Kreisgericht Hildburghausen am 20.12.1975 Haftbefehl gegen Weinhold. Der Generalstaatsanwalt der DDR richtete auf dieser Grundlage am 21.12. 1975 ein Auslieferungsgesuchen an den Bundesminister der Justiz in

Bonn. In diesen hieß es u.a.: "Der mehrfach vorbestrafte Weinhold ist dringend verdächtig, in September und Dezember 1975 im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erneut mehrere Straftaten begangen zu haben. Um sich seiner strafrechtlichen Verantwortung zu entziehen, hat er mit dem Ziel, in die Bundesrepublik Deutschland zu flüchten, am Freitag, den 19. Dezember 1975, gegen 02.15 Uhr, im Kreisgebiet Hildburghausen, Bezirk Suhl, die im Dienst befindlichen Angehörigen der Grenztruppen der DDR, Klaus-Peter Seidel und Jürgen Lange, durch mehrere Schüsse aus einer Maschinenpistole (Modell Kalaschnikow) vorsätzlich getötet. Ich ersuche Sie, Weinhold zu inhaftieren und mir Ort und Zeitpunkt der Übergabe des Beschuldigten und der Tatwaffe mitzuteilen."

Das war eindeutig. Weinhold wurde beschuldigt, Verbrechen begangen zu haben. Mit dem Ziel, sich der Strafverfolgung zu entziehen und aus keinem anderen Grunde hatte er zwei Menschen getötet, die berufen waren, ihren Staat und seine Bürger gegen Straftaten und Täter zu schützen, diese zu verfolgen und festzunehmen. Für gewöhnlich wurden solche Straftaten, wie die von Weinhold begangenen, als Terrorismus und die Täter als Terroristen bezeichnet. Es durfte also davon ausgegangen werden, daß nach dem Abschluß des Grundlagenvertrages von 1972 und der Schlußakte von Helsinki vom 01.06.1975 die Festnahme und Auslieferung des Weinhold an den Staat, auf dessen Territorium und gegen dessen Bürger er seine Verbrechen verübt hatte, - wie international üblich - nur eine Sache von Tagen sein würde. Die DDR jedenfalls hatte bis zu diesem Zeitpunkt mehrfach Personen, die vor ihrem Übertritt in die DDR in der BRD schwere Verbrechen verübt hatten, ohne Verzögerung an die Bonner Justizbehörden ausgeliefert. Doch im Falle Weinhold kam es ganz anders. Mit Schreiben vom 08.01.1976 an den Generalstaatsanwalt der DDR teilte der Generalstaatsanwalt in Hannover mit, daß Weinhold am 22.12.1975 in Merl inhaftiert worden sei, schied sich aber zu einer Übergabe aus. Genosse Dr. Streit wiederholte deshalb am 25.01.1976 sein Auslieferungsersuchen vom 21.12.1975. Zur Charakteristik des Beschuldigten verwies er dabei darauf, daß Weinhold in der DDR seit 1966 insgesamt viermal rechtskräftig verurteilt worden war. So am 26.11.1966, am 20.02.1970, am 17.12.1971 und am 17.02.1972. Die Gesamthöhe der dabei von verschiedenen Gerichten in Dresden ausgesprochenen Strafen wegen fortgesetzten unbefugten Gebrauchs von Kfz, in mehr als 60 Fällen, fortgesetzten Diebstahls an gesellschaftlichen Eigentum, fortgesetzten schweren Diebstahls an persönlichen Eigentum, ungesetzlichen Grenzübertritts und Herbeifüh-

rung eines schweren Verkehrsunfalls betrug insgesamt 6 Jahre und 9 Monate Freiheitsentzug. Die ihm mehrfach in großzügiger Weise durch die DDR eingeräumten Bewährungsmöglichkeiten negierte er ständig. Am 06.12.1972 war er gemäß einem Amnestieerlaß des Staatsrates der DDR vom 06.10.1972 erneut vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Auch diesmal nutzte Weinhold die ihm gegebene Chance nicht. Bereits im September 1975, also innerhalb der festgelegten Bewährungszeit, verübte er eine neue Straftat, diesmal ein Sittlichkeitsdelikt. Deshalb mußte erneut ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet werden. Und eben dieser Strafverfolgung versuchte er sich durch die Flucht zu entziehen. Dabei bagte er vor und während dieser Flucht weitere Straftaten. So anwendete er:

- 1 MPi Kalaschnikow mit 2 Magazine zu je 30 Patronen,
- 10 Magazine zu je 30 Patronen aus einer verschlossenen und verplombten Munitionekiste und
- 3 Pkw aus verschlossenen Garagen.

Die Pkw-Diabetähle in Karl-Marx-Stadt und Gora dienten zugleich dem Zweck, seinen Fluchtweg zu verschleiern. Weinhold handelte also in jeder Phase seiner Flucht äußerst raffiniert und hatte die Gewaltanwendung gegen Menschen, den späteren Mord, von Anfang an fest eingeplant, was eindeutig durch die starke Bewaffnung belegt wird, die er sich verschafft hatte.

Mit Schreiben vom 27.02.1976 aus Hamm wurde die Auslieferung erneut abgelehnt. Dabei wurde, die Souveränität der DDR leugnend, die Auslieferung mit dem für die Übergabe eines Beschuldigten an das zuständige Gericht innerhalb eines Landes gebräuchlichen Begriff "Zulieferung" umschrieben. Als zuständiges Gericht gilt immer jenes, in dessen Bereich die zu verfolgende Straftat verübt wurde, jedes andere gilt als nicht zuständig. Unter Bruch der Normen des Völkerrechts und ihrer eigenen Praxis, denn die Nichtzuständigkeit jedes BRD-Gerichts lag auf der Hand, leiteten die Bonner Justizorgane ein eigenes, illegales Verfahren gegen Weinhold wegen Verdacht des Totschlags ein. Von maßlosem Haß gegen die DDR und ihre Sicherheitskräfte verblendet, wurde vom Essener Landgericht am 03. Juni 1976 die auch in der BRD bei Totschlag bindende Untersuchungshaft für Weinhold aufgehoben. Am 02. Dezember 1976 schließlich sprach das gleiche Gericht den Terroristen und Doppelmörder frei und billigte ihn für erlittene Untersuchungshaft eine Entschädigung von 15.000 DM zu. Diesem Freispruch war während des "Verfahrens" eine zügellose Hetze gegen die DDR, ihre Grenzschutzkräfte und Untersuchungsorgane vorausgegangen.

Der Mörder wurde mit offener Sympathie behandelt und gefeiert. Am Schluß des "Prozesses" wurden ihm noch im Gerichtssaal Blumen überreicht.

Die Opfer, zwei hoffnungsvolle junge Menschen, die erst am Anfang ihres Lebens gestanden hatten, waren verhöhnt und von einem degenerierten Richter als die Schuldigen abgestempelt worden. Den Aussagen des Mörders folgend, behauptete das Gericht, die Genossen Seidel und Lange hätten zuerst geschossen und Weinhold folglich in Notwehr gehandelt.

Was für eine Verkommenheit! Konnte ihm aus der Unterstellung, die Genossen Seidel und Lange hätten, wie in der DDR bindend vorgeschrieben, nach Anruf und Warnschuß auf Weinhold geschossen, das Recht erwachsen, auf sie zurückzuschießen?

Können staatliche Zwangsmaßnahmen, einschließlich des Schußwaffengebrauchs ihrer Sicherheitskräfte gegen einen Verbrecher, der sich seiner Festnahme durch die Flucht zu entziehen versucht, diesem ein Notwehrrecht einräumen?

Schußwaffengebrauch der BRD-Polizei*

Jahr	Wie oft von Schußwaffen Gebrauch gemacht	Wie oft gezielt auf Menschen	Tote	Vorletzte
1976	1794	141	8	73
1977	1827	160	17	80
1978	1659	111	7	65
1979	1875	104	10	64
1980	2278	111	16	50
1981	2145	93	17	56
1982	2104	125	11	74
1983	2330	54	24	42
1984	-	-	7	-
1985	2244	223	10	32
1986	-	213	11	32

* Die Statistik wird seit 1976 geführt. Die Striche bedeuten, daß Angaben nicht vorlagen.

Hatten z.B. jenseits 54 Menschen, auf die die Polizei in der BRD 1985 unmittelbar geschossen hatte, weil sie sich ihrer Festnahme entziehen wollten, ein Recht, zurückzuschießen?

Jeder Rechtsstaat wird das vorsehen, er muß es vorsehen, weil sonst Recht und Gesetz auf den Kopf gestellt werden. Dabei muß noch bemerkt werden, daß bei allen 54 Schußwaffenanwendungen von insgesamt 2244 zehn Personen, darunter zwei Unbeteiligte, getötet und 32 Personen, darunter drei Unbeteiligte, verletzt worden sind.

Woraus sich doch wohl die Schlußfolgerung ergibt, daß die Angehörigen der Polizei der BRD die Schußwaffen nicht gerade mit der gebotenen Sorgfalt anwenden. Auch nach BRD-Recht hätten die Genossen Seidel und Lange schießen können. Sie haben aber nicht geschossen. Das wird nicht zur Rechtfertigung noch einmal unterstrichen, sondern nur der historischen Wahrheit wegen und zur Entlarvung der Huchholer des Essener Gerichts. Die Auslassungen dieses Gerichts bedeuteten den Versuch, rechtliche staatliche Zwangsmaßnahmen der DDR gegen einen Straftäter mit der terroristischen Gewalt dieses Täters auf eine Stufe zu stellen. Bereits damals wurde die Formel vom "Recht auf Freizügigkeit" bei der Urteilsbegründung strapaziert, wohl wissend, daß dieses Recht in jedem Staat nur innerhalb seines Territoriums gilt. Der Artikel 11, Absatz 1, des Grundgesetzes der BRD lautet: Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im gesamten Bundesgebiet.

Kann etwa in den USA, dem angeblich doch freiesten Land der Erde, jeder Bürger das Land verlassen, wo und wann er immer das will? Natürlich nicht. Jeder Bürger benötigt dazu einen Paß und den bekommt er, oder er bekommt ihn nicht, von den entsprechenden staatlichen Organen der USA.

Kann wenigstens jeder Bürger eines anderen Landes in die USA einreisen, wann und wo er will? Ebenfalls nicht. Ganze Gruppen werden zurückgewiesen. Bei einzelnen Personen reicht dabei für die Verweigerung der Einreiseerlaubnis bereits die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei oder einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Organisation.

In der BRD wurden allein 1986 133.000 Personen an der Einreise gehindert und zurückgewiesen. Weitere 100.000 festgenommen, wiewohl mit Anwendung der Schußwaffe, wird aus naheliegenden Gründen verachtwagen. Wieso soll es bei uns anders sein? Haben wir etwa weniger Rechte als Staat als die USA oder die BRD? Nach der Meinung des Essener Gerichts sollte es so sein. Mehr noch, dieses Gericht ging mit dem bei

Weinhold postulierte Recht auf Freizügigkeit davon aus, daß das "Deutsche Reich" in den Grenzen von 1937 fortbestehe und die DDR in Verhältnis zur BRD als Inland, ähnlich wie ein Bundesland, zu betrachten sei. Das war gewissermaßen eine juristische Annoktion. Es wurde deutlich, was sich die revanchistischen Kreise in der BRD erträumten: Die Beseitigung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden. Dabei heißt es in Artikel 6 des "Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland": "Die DDR und die BRD gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten."

Mit dem Urteil entlarvte sich das Gericht als Interessenvertreter der entspannungsfeindlichen revanchistischen Kräfte in der BRD, die trotz Grundlagenvertrag und Schlußakte von Helsinki nicht bereit waren, die Souveränität, territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der Grenzen der DDR anzuerkennen. Mit dem Freispruch des Doppelmörders und Terroristen fällt das Gericht aus politischen Motiven ein Urteil gegen die Menschenwürde und Menschlichkeit.

Blumenstrauß für einen Mörder

Der Doppelmörder Weinhold hat bei seiner Freilassung einen Blumenstrauß erhalten. Die Gerichte in Westdeutschland und in Ostdeutschland haben sich einig über die Freilassung des Mörderes. Die Freilassung ist ein Zeichen für die Freundschaft zwischen den beiden Staaten.

DDR übergab Beweisdokumente im Fall Weinhold an BRD-Justizorgane

Die DDR hat Beweisdokumente im Fall Weinhold an die BRD-Justizorgane übergeben. Die Dokumente sind Beweise für die Verbrechen des Doppelmörders. Die Freilassung des Mörderes ist ein Zeichen für die Freundschaft zwischen den beiden Staaten.

Mutter von Klaus-Peter Seidels: Liefen Sie den Doppelmörder aus!

Die Mutter von Klaus-Peter Seidels, einem der Doppelmörder, hat eine Erklärung abgegeben. Sie behauptet, dass sie ihren Sohn nicht als Doppelmörder ausliefern wollte. Die Freilassung des Mörderes ist ein Zeichen für die Freundschaft zwischen den beiden Staaten.

Verbrecher Weinhold in BRD weiter gedeckt

Justizielle Mängel zur Verschleppung der bestragten Revision. Die Freilassung des Mörderes ist ein Zeichen für die Freundschaft zwischen den beiden Staaten.

Spruch des BRD-Gerichts zielt gegen Entspannung

Wahlung des Doppelmörders aus der DDR verweigert. Die Freilassung des Mörderes ist ein Zeichen für die Freundschaft zwischen den beiden Staaten.

Freispruch für Doppelmörder ist Bruch des Völkerrechts

Achtende Empfehlung über Revanchismus-Urteil des BRD-Gerichts. Die Freilassung des Mörderes ist ein Zeichen für die Freundschaft zwischen den beiden Staaten.

Wo nackter Mord legalisiert wird...

Einem der Bremer Korrespondenten des DDR-Fachzeits Heine Oetke. Die Freilassung des Mörderes ist ein Zeichen für die Freundschaft zwischen den beiden Staaten.

STECKBRIEF

Wegen Mordes

wird auf der Grundlage des Haftbefehls des Kreisgerichtes Hildburghausen vom 20. 12. 1975
gesucht



WERNER WEINHOLD

geboren am 8. August 1949 in Dresden

Personenbeschreibung: Scheinbares Alter 25-30 Jahre - ca. 170 cm groß - schlank -
Augenfarbe grau-grün - Haarfarbe dunkelblond - besonderes Kennzeichen - 4 cm lange Narbe
in der linken Handfläche

**WEINHOLD ist dringend verdächtig, am 19. 12. 1975 im
Kreis Hildburghausen zwei Angehörige der Grenztruppen
der DDR ermordet zu haben.**

**Der Täter, der Anfang Juni 1976 aus der Untersuchungshaft
in Marl/BRD entlassen wurde, hält sich außerhalb
des Staatsgebietes der DDR verborgen.**

Es ist damit zu rechnen, daß er Schußwaffen bei sich führt und rücksichtslos
anwendet.

Für zweckdienliche Hinweise, die zur Ergreifung des Täters führen, ist eine Belohnung von

100000,- Mark

ausgesetzt.

Hinweise nimmt jede Dienststelle der Staatsanwaltschaft und der Deutschen Volkspolizei entgegen

**Der Generalstaatsanwalt
der Deutschen Demokratischen Republik**

Praktisch wurden damit gewisse Elemente zu gewaltsamen Provokationen gegen die Staatsgrenze der DDR und letztlich zum Mord an Grenzsoldaten armutert. Es soll nicht verschwiegen werden, daß auch realistisch denkende Kreise in der BRD über dieses Urteil besorgt waren. Die "Frankfurter Rundschau" schrieb z.B. in ihrer Ausgabe vom 03.12.1976: "Das Gericht hat Weinhold ein Notwehrrecht eingeräumt. Das war nur durch waghalsige Begründungen möglich ... Grenzposten werden unter solchen Prämissen im Prinzip zum Freiwild ... Man kann sich nicht vorstellen, daß englische oder französische Richter ähnlich entschieden hätten."

Der Freispruch löste in der DDR und in vielen europäischen Ländern heftige Proteste aus. Die und weitere Schritte der Justizorgane der DDR führten schließlich 1978 zu einem erneuten Prozeß gegen Weinhold vor dem Schwurgericht in Hagen. In diesem Prozeß, obwohl auch er als illegal, weil nicht von einem einzig und allein zuständigen Gericht der DDR durchgeführt, bezeichnet werden muß, wurde Weinhold am 01.12.1978 wegen Totschlags zweier Menschen und Diebstahls mit Waffen in drei Fällen zu einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Auch dieses lächerlich niedrige Urteil ist nur aus der politischen Motivation zu erklären. Für die internationale Öffentlichkeit war und bleibt Weinhold ein Mörder. Er hat mit Vorbedacht, heimtückisch und aus niederen Beweggründen gehandelt. Mit dem Urteil und der ganzen Prozeßführung hat sich die Bonner Justiz folglich selber gerichtet. Auch vor diesem Gericht durften spannungsfeindliche Kräfte zügellos gegen die DDR und ihre Grenzschutzkräfte hetzen. Die berüchtigte "Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter" stellte sich schützend vor den Mörder. Ihr Leiter, ein Oberstaatsanwalt, verstieg sich zu der ungeheuerlichen Behauptung: "Jeder DDR-Bürger, der in die Bundesrepublik fliehen will, hat das Recht, sich zu bewaffnen und, wenn er in seiner Freizügigkeit gehindert wird, diese Waffe einzusetzen."

Auch das Urteil von Hagen war gegen die europäische Entspannung gerichtet. Es behinderte ernsthaft die Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Erneut wurde bewiesen, die BRD-Behörden müssen mit zweierlei Maß, wenn es um Terroristen geht. Einerseits verlangte und verlangt Bonn von anderen Staaten die Auslieferung von Terroristen an die BRD. Andererseits wird damals wie heute die Auslieferung solcher Terroristen an andere Länder verweigert. Im Grunde werden diese damit unter den Schutz des Bonner Staates gestellt. Es gibt dafür nur eine Voraussetzung, sie müssen ihre ter-

Wir erfüllen ihr Vermächtnis



Unteroffizier Klaus-Peter Seidel
geboren: 22. 10. 1954 ermordet: 19. 12. 1975



Unteroffizier Jürgen Lange
geboren: 08. 12. 1955 ermordet: 19. 12. 1975

roristischen Akte gegen sozialistische Staaten und deren Bürger richten. Leider hat es seit 1978 bis in die Gegenwart keine Änderung dieser Bonner Haltung gegeben. Mörder von Grenzsoldaten genießen auch jetzt noch die wohlwollende Unterstützung und den Schutz jenes "Rechtstestes", in dem der Menschlichkeit angeblich die höchste Priorität eingeräumt wird. Die Prozesse von Essen und Hagen sowie die folgende Entwicklung lehren, das friedliche Zusammenleben der Völker, Gerechtigkeit und echte Menschlichkeit können nur im Kampf gegen spannungseindliche, revanchistische, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht respektierende Kräfte durchgesetzt werden. An diesem Kampf aktiv durch die zuverlässige Sicherung der Staatsgrenzen der DDR mitzuwirken, ist ein Vermächtnis der Genossen Seidel und Lange, dem die Angehörigen der Grenztruppen der DDR für alle Zukunft verpflichtet sind.

2. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre

Im Mai 1976 wurde durch den IX. Parteitag der SED ein neues Programm beschlossen. In ihm wurde das Ziel gestellt, in der DDR weiterhin die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen. Erneut wurde bekräftigt, daß sich die Partei unbeeinträchtigt davon leiten läßt, alles zu tun für das Wohl des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen. Als Hauptaufgabe wurde die weitere Durchsetzung des Prinzips der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bestätigt.

Das Hauptziel der außenpolitischen Tätigkeit bestand und besteht nach diesem Programm darin, im gemeinsamen Kampf mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern die günstigsten internationalen Bedingungen für den sozialistischen und kommunistischen Aufbau zu sichern. Ganz in diesem Sinne entwickelten die sozialistischen Länder nach Helsinki viele Initiativen, um in Europa den Prozeß der politischen Entspannung zu vertiefen und durch die militärische Abrüstung zu ergänzen. Dazu waren die NATO-Länder nicht bereit.

Entspannungsfeindliche Kräfte in diesen Ländern gingen mehr und mehr dazu über, die Schlußakte von Helsinki in ihrer Gesamtheit zu negieren und einzelne Teile überzubewerten.

In Grunde verstärkten sie unmittelbar nach Helsinki den Kampf gegen den Sozialismus. Es setzten heftige Verleumdungskampagnen ein, verstärkte Aggressionsvorbereitungen der NATO konnten nicht übersehen werden.

Weiter wachsam und gefechtsbereit im Jahre 1976

In der Entschloßung der XII. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in den Grenztruppen der DDR wurde gesagt: "Mit tiefer Befriedigung haben wir die Entwürfe des Parteiprogramms, des Parteistatuts und der Direktive des IX. Parteitages der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976-1980 zur Kenntnis genommen und geben ihnen unsere ungeteilte Zustimmung. Wir bekunden unerschütterliches Vertrauen in das Zentralkomitee der SED, mit dem Genossen Erich Honecker an der Spitze, und versichern, eine ständig hohe Ge-

fechtsbereitschaft und zuverlässige Sicherung der Staatsgrenze unter allen Lagebedingungen zu gewährleisten."

Damit zog die Konferenz das Fazit einer breiten Aussprache zu diesen Dokumenten in den Grenztruppen und einer umfassenden Wettbewerbsbewegung, die sich im Ergebnis dieser Diskussion entwickelt hatte. Am sinnfälligsten zeigte sich die Zustimmung zu den Dokumenten in den Anträgen vieler junger Grenzsoldaten zur Aufnahme in die Partei. In der Zeit der Vorbereitung des Parteitages erhielten bis Mai 1976 mehr als 1.000 neue Kampfgefährten die Kandidatenkarte bzw. das Mitgliedsbuch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Das waren solche Genossen, wie der Gefreite Manfred Krockner und Unterfeldwebel Holger Mewes.

In der Grenzkompagnie Wohlfeld zählte Genosse Krockner zu den Vorbildern. Ein Bestenabzeichen, das Abzeichen "Für gutes Wissen" in Gold und das Militärsportabzeichen waren sichtbarer Beweis dafür. In der Mitgliederversammlung, die einstimmig seinem Antrag stattgab, begründete er seinen Schritt als logische Konsequenz seiner bisherigen Entwicklung. Er sagte: "Wenn man sieht, wie es überall spürbar vorangeht und welche Perspektiven die Parteitagdokumente aufzeigen, dann will ich aktiv mitarbeiten. Deshalb mein Wunsch, dem Kampfband Gleichgesinnter anzugehören."

Unterfeldwebel Mewes sagte: "Mein Antrag, Kandidat der Partei zu werden, war kein plötzlicher Entschluß. Ich habe lange und viel darüber nachgedacht. Ich will mit zu denen gehören, die an der Spitze marschieren. Mir ist klar, daß mir damit viele Pflichten auferlegt werden. Als Vorgesetzter muß ich Vorbild sein, als Kommunist und Vorgesetzter erst recht. Deshalb werde ich meine ganze Kraft dafür einsetzen, im sozialistischen Wettbewerb mit meinem Zug das Wettbewerbsprogramm zu realisieren. Ich habe das Bestenabzeichen mit Anhänger, jetzt soll der zweite hinzukommen. Außerdem trage ich das Qualifizierungsabzeichen und das Abzeichen "Für gutes Wissen" in Gold. Ich will damit sagen, daß ich es gewohnt bin, Wert zu halten."

In der Tat, die Grenzer waren gewohnt, Wert zu halten. Das belegten schon in der ersten Hälfte des Ausbildungsjahres 1975/76 die eingelösten Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb und das allseitige Streben nach hohen Leistungen. Das war nicht immer einfach. Es erfordert Kampf und oft auch ein Stück Selbsterwindung. Sehr richtig drückte das in einer Unterhaltung nach der Berichtswahlversammlung seiner Grundorganisation der Gefreite Gerold Juszak aus. Er sagte: "Ich habe zur Diskussion gesprochen. Über sich selbst zu reden, das ist verteuftelt schwer. Doch was gesagt werden muß ... Die

5 Soldatenauszeichnungen sollte jeder Kommunist anvisieren. So haben wir es im Rechenschaftsbericht gefordert. Wie schwer es fallen kann - ich weiß es aus eigener Erfahrung. Ich denke nur an das Bestenabzeichen. Immer mit Vorn zu sein: im Grenzdienst, in der Ausbildung, bei der Wärtung der Technik und in der Disziplin... das fordert einen... Harte Nüsse sind auch Schutzzenschnur und Militäreportabzeichen." Es war deshalb hoch zu bewerten, daß in der Zeit bis zum Parteitag jeder zweite Grenzsoldat mit dem Bestentitel ausgezeichnet werden konnte und viele Züge sowie Kompanien den Ehrentitel "Beste Einheit" erwarben.

Im Verband Baumgarten fanden in den FDJ-Grundorganisationen bis Ende März 51 Wissens- und Ideenwettbewerbe statt, die den Vorhaben dienten, die Einsatz- und Gefechtsbereitschaft zu erhöhen. Das Ergebnis waren 92 Vorschläge zur Verbesserung der Grenzsicherung. Es gab innerhalb dieses Verbandes 138 militärtechnische Zirkel, in denen vorwiegend Postenführer und Militärkraftfahrer das Qualifizierungsabzeichen erworben konnten.

Unzählige Provokationen an der Staatsgrenze konnten durch das kluge, besonnene und militärisch exakte Verhalten der eingesetzten Kräfte abgewehrt oder ihre Auswirkungen eingedämmt werden. Das war nicht nur das Verdienst der Grenzposten. Es zählten dazu auch die hervorragenden Leistungen der Spezialisten, wie z.B. der Genossen des Nachrichtentruppe von Unterfeldwebel Neumann aus der Kompanie Sippach in Truppenteil "Fritz Perltz". Diese Genossen sorgten gleich Hunderten anderer zu jeder Zeit und bei jedem Wetter dafür, daß die Nervenstränge für die ununterbrochene Führung der Grenzsicherung, vor allem die Leitungen des Grenzmeldenetzes, funktionierten.

Gleiches konnte von den Pionieren des Zuges von Leutnant Manfred Donglor gesagt werden. Sie erfüllten in jenen Wochen wichtige Aufgaben zur pioniermäßigen Sicherung der Staatsgrenze an einem Seeufer unter komplizierten Bedingungen in kürzester Frist und höchster Qualität und leisteten so einen bedeutsamen Beitrag für die Gewährleistung der Unantastbarkeit der Staatsgrenze. Von der X. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in der NVA und den Grenztruppen der DDR wurde Genosse Donglor als Delegierter des IX. Parteitages gewählt.

Im Ergebnis der tausendfachen Initiativen konnte im Bericht des Sekretariats der Politischen Verwaltung an die XII. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen in den Grenztruppen eine positive Bilanz gezogen werden. Die seit dem VIII. Parteitag vergangene Zeit hatte sich auch in den Grenztruppen als die erfolgreichste in ihrer Entwicklung

und bei der Sicherung der Staatsgrenze erwiesen.

In seiner Diskussionsrede auf der Konferenz dankte das Mitglied des ZK der SED, der Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes, Generaloberst Heinz Kößler, in Namen von Armeegeneral Heinz Hoffmann allen Genossen der Grenztruppen für ihr erfolgreiches Wirken bei der Sicherung der Staatsgrenze. Er betonte, daß alle Anschläge der Entspannungsgegner auf den Sozialismus, an der revolutionären Wachsamkeit, an der Verteidigungskraft und Verteidigungsbereitschaft des Volkes der DDR, seiner NVA und seiner Grenztruppen, wie aller unserer Schutz- und Sicherheitsorgane gescheitert waren. Dann sagte er: "Wenn jetzt auf der Grundlage der richtungweisenden Beschlüsse des XXV. Parteitag der KPdSU Kurs genommen wird auf die vollständige Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki, dann sind alle unsere Anstrengungen zur Gewährleistung der militärischen Sicherheit und zur Aufrechterhaltung des erreichten militärischen Kräfteverhältnisses, in die sich alle Bemühungen der Grenztruppen um eine jederzeit zuverlässige Grenzsicherung organisch einfügen, dafür eine wichtige Bedingung und Voraussetzung."

Die Grenztruppen gingen also nicht mit leeren Händen zum IX. Parteitag. Sie hatten ihren Beitrag zur Erfüllung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED geleistet.

Nach dem IX. Parteitag zogen alle Einheiten, Truppenteile und Lehr- einrichtungen die Bilanz des bisher Geschaffenen und legten neue Aufgaben für die 2. Hälfte des Ausbildungsjahres 1975/76 fest, die den hohen Ansprüchen der Parteitagebeschlüsse entsprachen. Das Ziel der Grenzer war es, zu ihrem 30. Jahrestag die bisher besten Ergebnisse innerhalb eines Ausbildungsjahres zu erreichen. Diese Zielstellung wurde voll erfüllt. So gestaltete sich der 30. Jahrestag der Gründung der Grenztruppen zur festlichen Würdigung eines ehrenvoll zurückgelegten Kampfweges. In Anerkennung ihrer Verdienste verlieh der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Erich Honecker, den Grenztruppen den Vaterländischen Verdienstorden in Gold. Mit dem Kampforden "Für Verdienste um Volk und Vaterland" wurden u.a. die Grenzregimenter "Martin Schwanke" und "Herbert Warnke" geehrt.

Aus gleichem Anlaß konnte der Chef der Grenztruppen, Generalleutnant Peter, im Hause des ZK der SED aus der Hand des Genossen Erich Honecker den Vaterländischen Verdienstorden in Gold entgegennehmen. Am Spätnachmittag des 30. November fand eine Festveranstaltung in der Volkabühne statt. Unter Leitung des Genossen Erich Honecker nahm eine starke Delegation des ZK der SED an ihr teil. Erstmals trugen die



dort versammelten Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche und Offiziere aus allen Truppenteilen und Verbänden der Grenztruppen am linken Unterarm der Uniformjacke einen grünen Ärmelstreifen mit der Aufschrift "Grenztruppen der DDR". In seiner Festrede zeichnete das Mitglied des Politbüros, der Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, den 30jährigen Entwicklungsweg der Grenztruppen nach. Er sagte dabei u.a.: "Viele der Genossen, denen deutsche Arbeiter und sowjetische Offiziere vor 30 Jahren eine Waffe in die Hand gaben, die die Uniform des Grenzpolizisten anzogen oder nur eine Binde über den Arm streiften und auf Posten zogen, besaßen keine oder nur wenig Erfahrung im Grenzdienst. Eines aber zeichnete sie alle aus, ihre unerschütterliche Überzeugung, einer guten und gerechten Sache zu dienen, ihre feste Bewißheit, daß der Weg, den die Partei der Arbeiterklasse unserem Volk gewiesen hatte, richtig war und zum Siege führen würde... Über 2.000 km Landgrenzen waren zu sichern. Der Einzelposten hatte einen Abschnitt von 10 km Länge zu überwachen, mancher auch noch mehr. Nicht jeder besaß eine persönliche Waffe. Es war ein hartes und entbehrungsreiches Leben, das unsere Genossen in diesen Jahren führen mußten. Allen diesen Schwierigkeiten in den Anfangsjahren zum Trotz standen sie ihren Mann - damals wie in den Jahren danach... Unsere Grenzer haben ihren Teil dazu beigetragen, daß die Werktätigen seit über 3 Jahrzehnten ungestört und sicher ihrer friedlichen Arbeit nachgehen können."

Ein weiteres Mal begründete Genosse Hoffmann in dieser Rede die Unterschiede im Grenzregime an der Staatsgrenze der DDR zur VR Polen und der CSSR einerseits und an den Staatsgrenzen zwischen der DDR und der BRD sowie Berlin (West) andererseits. In dem einen Falle handelt es sich um Nahtstellen freundschaftlicher Zusammenarbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auf der Grundlage gleicher Klasseninteressen und Ziele. Es sind Staatsgrenzen zwischen Ländern mit gleicher gesellschaftlicher Ordnung innerhalb eines Bündnisystems. Sicherheit, Ruhe und Ordnung an diesen Grenzen werden durch eine Grenzüberwachung in enger Gemeinschaft, bei ständiger Abstimmung der erforderlichen Maßnahmen gewährleistet. Sicherungs- und andere Aufgaben für den grenzüberschreitenden Verkehr werden in der Regel gemeinsam erfüllt. Eventuell auftretende Probleme können durch die Grenzbevollmächtigten schnell und in kameradschaftlicher Zusammenarbeit gelöst, erforderliche Entscheidungen in jeweils beiderseitigen Interesse getroffen werden. Selbstverständlich sind Grenzübertritte außerhalb der Grenzübergangsstellen und ohne die erforderlichen Dokumente - zur CSSR und umgekehrt reichen dazu die Personal-



An der Freundschaftsgrenze zur CSSR werden alle Fragen der Grenzüberwachung gemeinsam beraten

ausweise, zur VR Polen und umgekehrt ist bei privaten Reisen zusätzlich eine Einleitung vorzuweisen - nicht gestattet. Das entspricht den allgemeinen Normen des Zusammenlebens. Auch bei gegenseitigen Besuchen von Privatpersonen ist es ja üblich, die dafür vorgesehenen Türen zu benutzen, nicht über Zäune oder Fenster einzudringen und unerwünschte Besuche zu unterlassen.

Bei der Grenze zwischen der DDR und der BRD handelt es sich um eine Trennlinie zwischen Staaten, die in wesentlichen Fragen unterschiedliche Interessen besitzen. Es sind Staatsgrenzen zwischen Ländern mit unvereinbaren Gesellschaftssystemen, die jeweils einem anderen Bündnis angehören. Das schließt trotzdem bei prinzipieller Achtung der Souveränität des anderen Staates normale, zwischenstaatliche Beziehungen nicht aus. Dabei erscheint vor allem angesichts der Haltung der BRD noch für lange Zeit ein solches Grenzregime und eine solche Ordnung beim Grenzübertritt wie an den Grenzen zwischen der DDR und ihren Bruderländern kaum denkbar. Am Schluß seiner Festrede erklärte der Minister: "Wir warnen vor der Partei, vor unserem Volk, vor unseren Verbündeten: Die Staatsgrenzen unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht zum imperialistischen NATO-Staat BRD und zu Westberlin bleiben

auch künftig gegen alle, die dem friedlichen Werk des arbeitenden Volkes schaden wollen, fest verschlossen. Ihre Tore werden sich nach wie vor für jeden öffnen, der die Gesetze der souveränen DDR achtet und mit guten Absichten zu uns kommt."

Getreu dieser Voreinbarung verrichteten die Grenztruppen der DDR auch in den folgenden Jahren ihren Dienst.

An der Seite der Koblekumpel

Viele Angehörige der Grenztruppen mußten Silvester 1978 auf ihren verdienten Festtagsurlaub verzichten, an eine Feier im Freundes- oder Familienkreis war nicht zu denken. Was war geschehen?

Innerhalb eines Tages ergab sich ein Temperatursturz bis zu -20° C. Begleitet waren diese Minusgrade von heftigen Schneefällen und orkanartigen Stürmen. Durch die sich bildende Eisglätte, Schneeverwehungen, aber besonders durch den Temperaturetzug kam es zu Katastrophenfällen, die sich auf das gesamte Gebiet der DDR erstreckten. Die plötzliche Frostperiode hatte vor allem in der Energieversorgung unserer Republik schwere Störungen mit großräumigen Flächenabschaltungen zur Folge. Viele Betriebe mußten die Produktion drosseln oder ganz einstellen. Schwerste Verluste drohten in der Landwirtschaft den Viehbeständen. Das Verkehrswesen drohte zum Erliegen zu kommen. Es galt daher, schnell zu handeln.

Bei voller Aufrechterhaltung der Grenzicherung unter kompliziertesten Bedingungen mußten Kräfte für die Volkswirtschaft abgezogen werden. Sofort wurden Einheiten zur Gewährleistung des Schienenverkehrs u. a. auf den Bahnhöfen Magdeburg, Schönbeck, Wustermark und Eisenach eingesetzt. Darüber hinaus wurde ein Einsatzkommando von 1.500 Angehörigen der Grenztruppen zur Hilfeleistung für den Braunkohlenbergbau gebildet. Noch in den Abendstunden des 01.01.1979 wurden durch den Stellvertreter des Ministers und Chef der Grenztruppen die Vor- und Einsatzbefehle für diese Kräfte erteilt. Für die Leitung dieses Einsatzes wurden eingesetzt: Oberst Georg Voigt als Kommandeur, Oberst Werner Korch als Stellvertreter politische Arbeit, Oberst Piontek als Stellvertreter Rückwärtige Dienste. In der Nacht vom 01. zum 02. Januar begann die Verlegung dieser Einheiten unter schwierigen Witterungsbedingungen. Alle befohlenen Marschkolonnen trafen ohne Vorkönn-

niese in der Nacht oder in den frühen Morgenstunden in der Kreisstadt Borna nach einem durchschnittlich 200-km-Marsch ein. Nach der Unterbringung der eingetroffenen Kräfte in Schulen, Sälen und Turnhallen und nach der Organisation der Versorgung begann für alle die Arbeit an der Seite der Kohlekumpol. Der Befehl, mit 800 Mann am 02. Januar 1979 ab 06.00 Uhr die Frühschicht zu beginnen, wurde erfüllt. In harter, körperlich schwerer Arbeit rangen die Grenzer von Anfang an um die Erfüllung der Schicht- und Tagespläne. Es war keine Seltenheit, daß nur mit Spitzhacken und Brochstangen die versteinerte Kohle dem Tagebau entrissen und in den Kippanlagen der Kraftwerke und Brikettfabriken aus den Waggons herausgebroschen werden konnte. Die Einsatzkommandos arbeiteten an verschiedenen Standorten, hauptsächlich im Gleisbau, an Bendenlagen, Trocknern und Brikettpressen sowie im Großkraftwerk Thierbach. Im Vordergrund stand die Aufgabe, die Kraftwerke ausreichend mit Kohle zu beliefern. Allein das von Braunkohlenkombinat Regis zu versorgende Kraftwerk Thierbach benötigte täglich 27.000 t Rohkohle, die mit Kohlenzügen aus den Tagebauen zugeführt werden mußten. Da auf Grund der Frostbedingungen dieser Transport nicht voll aufrechterhalten werden konnte, mußte zusätzlich auf LKW-Transporte zurückgegriffen werden. Nur dadurch war es oft möglich, in letzter Minute die Befuerung des Kraftwerkes zu sichern.

Gemeinsam mit den Kohlekumpeln vollbrachten die Grenzer Arbeitsleistungen, die man als Heldentaten bezeichnen muß. Die 150 nur aus Angehörigen der Grenztruppen bestehenden Brigaden und Arbeitskollektive standen mit ihren Leistungen den Bürgerarbeitern in nichts nach. So erfüllte die Arbeitsbrigade unter Leitung von Soldat Malius in einer Nachtschicht im Kohlenbunker Peres die Norm zur manuellen Entladung von Kohlenwaggons mit 128 Prozent. Das Kollektiv von Oberleutnant Schwarz, mit 14 Angehörigen der Grenztruppen, leistete im Tagebau Borna Ost innerhalb von zwei Tagen 4 Arbeitsschichten. Sie schufon Voraussetzungen zum vorzeitigen Abschluß der Instandsetzung eines ausgefallenen Abraumbaggers.

Hoch einzuschätzen war die Arbeit von Kräften der Offiziershochschule "Rosa Luxemburg". Die Genossen leisteten 318.340 Arbeitsstunden, in denen der Plan ständig übererfüllt wurde; darüber hinaus noch 6.485 Stunden im Rahmen von Initiativ- und Solidaritätsschichten.

Gewürdigt wurden die Arbeitstaten der Offizierschüler Bonno Hoth, Frank Franke und Thonae Schley, die zur Reinigung eines Schornsteins eine Doppelschicht führen. Eine andere Arbeitsgruppe der Offiziershochschule vorlegte im Tagebau Borna Ost ein 1.000 m langes Kabel



Insgesamt konnten auf den wichtigsten Gebieten die Planrückstände aufgeholt und ein Planvorlauf erreicht werden. Der sozialistische Wettbewerb nahm an Bedeutung zu und wurde auf der Grundlage realer Zielvorgaben und Normen abrochenbar gestaltet.

Das Einsatzkommando 16 realisierte insgesamt einen ökonomischen Nutzen von 7.323.260,- Mark.

Die gezeigten Arbeitsleistungen fanden hohe Anerkennung und Würdigung durch die verantwortlichen Genossen der chemischen Industrie. So schrieb z.B. der Minister für chemische Industrie, Genosse Günter Wyachofsky, an den Kommandeur des Einsatzkommandos 16: "Ich möchte Sie bitten, allen Genossen Ihrer Einheit meinen herzlichsten Dank zu sagen und ihnen mitzuteilen, daß die Werktätigen der chemischen Industrie mit gleichem Elan mithelfen, die uns von VIII. Parteitag der SED übertragene Verpflichtung zu erfüllen. Die Hauptaufgabe kann nur gelöst werden, wenn wir als chemische Industrie gemeinsam mit allen anderen Zweigen unserer Verantwortung gegenüber der Volkswirtschaft gerecht werden. Bei der Erreichung dieses Zieles haben Sie einen bedeutenden Anteil."

Für vorbildliche Pflichterfüllung zeichnete der Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, das Einsatzkommando 16 im Oktober 1972 mit dem Kampfordern "Für Verdienste um Volk und Vaterland" in Bronze aus.

Wie das Einsatzkommando 16 in Dessau leisteten in den 70er Jahren auch andere Einsatzkommandos der Grenztruppen wichtige Beiträge zur Verwirklichung der Volkswirtschaftspläne an Schwerepunkten, unter anderem in der Großbaustelle Boxberg, im VEB Lufttechnische Anlagen Dresden sowie beim Aufbau des Palastes der Republik und in der Land- und Forstwirtschaft.

In Großkraftwerk Boxberg halfen die Grenzer den Kumpeln, beim Anfahren des Dampferzeugers 11 mit einer Kapazität von 210 MW einen Planvorsprung von 23 Tagen zu erreichen. Da der industrielle Wert einer einzigen Betriebsstunde dieses Dampferzeugers ca. 2 Millionen Mark beträgt, wird sichtbar, welche Bedeutung der 23 Tage Planvorsprung für die Energieversorgung besaß.

Bei allen Einsätzen arbeiteten die Angehörigen der Grenztruppen in Brigaden, Meisterbereichen und Fertigungsabschnitten gemeinsam mit den Betriebsangehörigen und Spezialisten aus den sozialistischen Bruderländern. Es bildeten sich schnell enge sozialistische Beziehungen heraus, die nicht nur zu einer hohen Planerfüllung beitrugen,



Dem Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen und Chef Rückwärtige Dienste, Generalmajor Wilhelm, wird über die Leistungen der Grenzsoldaten in der Volkswirtschaft berichtet

sondern auch zu mancher schönen Stunde des **Zusammenseins.**

Eine umfangreiche Hilfe leisteten die Grenztruppen zu allen Zeiten auf den Feldern der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe bei der Einbringung der Ernte.

Allein in der Zeit von 13.08. bis 12.09.1972 befanden sich in den Bezirken Potsdam, Magdeburg, Erfurt, Schwerin, Suhl und Gera 372 Offiziere, 1.011 Unteroffiziere und 4.550 Soldaten mit ca. 220 Kraftfahrzeugen in Einsatz, und von ca. 22.200 ha wurde das Getreide geborgen. In 602.470 Arbeitsstunden wurde ein volkswirtschaftlicher Nutzen in Höhe von 1.506.000,- Mark erarbeitet.

Auch in der Forstwirtschaft standen die Angehörigen der Grenztruppen wiederholt ihren Mann. So wurden sie in den Bezirken Magdeburg, Suhl und Gera zur Bäumung und Aufbereitung von Wind- und Schneebruch eingesetzt. Obwohl von Beruf keine Forstfacharbeiter, übererfüllten sie die bestehenden Arbeitsnormen um durchschnittlich 30 Prozent. Diese und viele andere Einsätze zur Lösung volkswirtschaftlicher Aufgaben festigten die engen und kameradschaftlichen Beziehungen der Werktätigen zu ihren Grenzsoldaten auch im tiefen Hinterland.

Der 31. Juli 1979

Am Morgen dieses Tages wird der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Grenztruppen, Generaloberst Erich Peter, am Haupteingang des Kommandos der Grenztruppen anders als sonst empfangen. Es ist der letzte Tag seines aktiven Dienstes. Das Stabsmusikkorps der Grenztruppen und ein Ehrenzug sind angetreten. Aufstellung genommen haben seine Stellvertreter. Nachdem er die Soldaten des Ehrenzuges begrüßt hat, begibt er sich, begleitet von seinen Stellvertretern, durch ein Spalier der Genossen des Stabes in sein Dienstzimmer. Zum letzten Male nimmt er die Meldung über die operative Lage an der Staatagrenze entgegen. Danach unterschreibt er, gemeinsam mit seinem bisherigen Stellvertreter und Chef des Stabes, Generalmajor Klaus-Dieter Baumgarten, ein Dokument. Es ist das Übergabe-/Übernahmeprotokoll für die Dienstgeschäfte des Chefs der Grenztruppen. Etwas später beginnt auf dem Appellplatz des Kommandos das offizielle militärische Abschiedszeremoniell. Angetreten sind die Soldaten, Unteroffiziere, Führer, Offiziere, Generale und die Zivilbeschäftigten des Kommandos der Grenztruppen sowie Kommandeure von Verbänden, Lehreinrichtungen, Grenzabschnitten und Truppteilen.

Generalmajor Leonhardt erstattet Meldung, und dann schreitet Generaloberst Peter, wie so oft in der Vergangenheit bei besonderen Anlässen, die Reihen der angetretenen Genossen ab. Er blickt noch einmal in teilweise seit fast zwei Jahrzehnten bekannte und vertraute Gesichter von Genossen, die mehr waren, als nur Unterstellte. Sie waren in komplizierten Bewährungssituationen, so am 13. August 1961, im Oktober 1966 bei der Provokation des Segners an Elbabschnitt, im August 1968 und bei vielen anderen Gelegenheiten seine achten, ganz der Sicherheit der Grenzen der DDR verschworenen Mitstreiter. Es waren vor allem fast ausschließlich Mitglieder der Partei der Arbeiterklasse, des großen Kampfbundes von gleichgesinnten Marxisten-Leninisten. Dennoch, es waren Hunderte von Einzelpersonlichkeiten mit spezifischen Erfahrungen, Kenntnissen, Charaktereigenschaften. Diese vielfältigen und umfangreichen Erfahrungen und Kenntnisse in jeder Situation richtig zusammenzufassen, seinem Willen unterzuordnen, auf ein bestimmtes Ziel zu konzentrieren, war nicht immer einfach gewesen. Es hatte mitunter auch Auseinandersetzungen gegeben. Um den richtigen Standpunkt, die richtige Entscheidung wurde oft hart gerungen. Immer ging es jedoch parteilich zu. Aber sobald die entschei-



Militärisches Zeremoniell anlässlich der Übergabe der Dienstgeschäfte des Stellvertreters des Ministers und Chefs der Grenztruppen von Generaloberst Peter an Generalmajor Baumgarten

dung getroffen, der Befehl erteilt worden war, hatte es für alle hier angetretenen Genossen nur noch eins gegeben: die bedingungslose Durchsetzung.

Genosse Peter ist am Ende der Reihen angekommen und begibt sich zur Tribüne. Der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef des Hauptstabes, Generalleutnant Stroletz, verliest den Befehl des Ministers über die Entlassung des Genossen Peter aus dem aktiven Wehrdienst und den Einsatz des Genossen Baumgarten als Stellvertreter des Ministers und Chef der Grenztruppen. Darin heißt es u.a.: "In der fast zwei Jahrzehnte währenden Tätigkeit als Stellvertreter des Ministers und Chef der Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik haben Sie sich in Erfüllung der von Partei und Regierung gestellten Aufgaben große Verdienste bei der Entwicklung der Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik erworben. Im Auftrag des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, danke ich Ihnen für Ihr unermüdliches Wirken, für die ständige Erhöhung der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der Grenztruppen der DDR sowie Ihre Anstrengungen zur weiteren Vertiefung der Waffenbrüderschaft zwischen den Angehörigen der Grenztruppen der DDR und den Angehörigen der ruhmreichen sowjetischen Streitkräfte und der anderen Bruderarmeen."

Danach ergreift der sich verabschiedende Chef der Grenztruppen das Wort. Er bedankt sich bei der Partei- und Armeeführung sowie bei allen Genossen für die ihm ständig erwiesene Hilfe und Unterstützung. Nach einem kurzen Resümee des in zwanzig Jahren gemeinsam bei der Erfüllung der Parteibeschlüsse zur Entwicklung der Grenztruppen Erreichten betont er: "Sicher haben Sie Verständnis dafür, wenn ich sage, daß es mir nicht leichtfällt, nach fast zwei Jahrzehnten gemeinsamen Dienstes aus dem großen Kollektiv der Grenztruppen auszuscheiden. Zugleich fühle ich mich glücklich und stolz, daß ich so lange an der Spitze dieses erprobten und festgefügtten Kollektivs erfahrener Kommandeure und Offiziere unserem Arbeiter- und Bauern-Staat dienen konnte."

Anschließend überreicht er dem neuen Chef, Generalmajor Baumgarten, symbolisch für den Kommandowechsel die Truppenfahne, die mit den Schleifen des Karl-Marx-Ordens und eines Vaterländischen Verdienstordens in Gold geschmückt ist. Diese Orden sind den Grenztruppen in der Zeit der Führung durch den Genossen Peter verliehen worden. Sie legen Zeugnis ab von der Entwicklung der Truppe zu einem zuverlässigen Schutzorgan unserer Republik, von ihren hervorragenden Verdien-

sten um die ständige zuverlässige Sicherung der Staatsgrenze und von der Wertschätzung, die Partei, Regierung und Werktätige ihr dafür entgegenbringen. In seiner kurzen Rede drückt der neue Chef die Gefühle aller angetroffenen Genossen und Genossinnen und darüber hinaus aller Angehörigen der Grenztruppen aus, indem er feststellt: "Insbesondere die Älteren unter uns wiesen, wie schwierig die Aufgabe war, die der Genosse Peter 1960 übernahm, als ihn, getragen vom Vertrauen der Partei, die Führung der damaligen Deutschen Grenzpolizei anvertraut wurde. Zu diesem Zeitpunkt bestand faktisch gegenüber der imperialistischen BRD und Berlin (West) noch eine offene Grenze. Es galt, die Grenzpolizei beschleunigt zu einer militärisch fest organisierten, schlagkräftigen, jederzeit gefechtsbereiten Truppe zu entwickeln, die den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze unseres sozialistischen Vaterlandes gewährleisten konnte. Es ist sicher nicht vermessend, wenn wir heute feststellen, daß unter dem Kommando des Genossen Generaloberst Peter diese große Aufgabe ehrenvoll erfüllt wurde." Ja, so war es, und es waren schwere Jahre, in denen schwierige Aufgaben gelöst werden mußten. Nicht alles, was jetzt in wenigen Worten ausgedrückt wird, war konfliktlos erreicht worden. So ist das Leben nicht. Besonders die ersten Jahre, die außerordentlich hohe Anforderungen stellten, waren für den früheren Panzerkommandeur schwer gewesen. Eine große Umstellung war zu bewältigen. Völlig neue, bisher unbekannte Aufgaben stürmten auf ihn ein. Da mußte fast alles bisher Gelernte und Praktizierte neu durchdacht, auf die Anwendung unter neuen Bedingungen überprüft werden. Das ging nicht immer ohne Irrtümer und manchen Fehler. Aber mit der ihm eigenen Energie und der Hilfe der Partei hatte Genosse Peter gelernt, die neuen Aufgaben zu meistern und im echten Sinne dieses Wortes Grenzdür zu werden. Lang war sein Arbeitstag in den vergangenen Jahren oft gewesen; dazu unzählige Nächte, von Meldungen unterbrochen, die seine sofortigen Entscheidungen erforderten.

Immer wieder in den Einheiten, Truppenteilen und Stäben die Richtigkeit getroffener Entscheidungen zu überprüfen, ihre Durchsetzung zu kontrollieren und dabei zu helfen, ständige Sorge um die ihm anvertrauten Menschen, das alles gehörte zum Arbeitsstil des Genossen Peter, brachte ihm die Achtung und das Vertrauen seiner Genossen ein. Als Genosse Baumgarten seine Rede mit den Worten schließt: "Nach alter Tradition der Grenzer verabschieden wir unseren Chef in der Hoffnung, ihn noch oft in der Truppe begrüßen zu können, mit einem dreifachen Hurra", klingen deshalb in diesem Hurra, das besonders laut über den Platz hallt, alle guten Wünsche für ihren schiedenden langjährigen Chef mit.

Klaus-Dieter Baumgarten

Der heutige Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Grenztruppen, Generalleutnant Klaus-Dieter Baumgarten, gehörte als Sohn eines Gärtners, 1931 geboren, 1945 zur ersten FDJ-Generation der DDR. Die aktive politische Arbeit erst in der Antifa-Jugend und später in der FDJ führte den Zinnernann-gesellen 1948 folgerichtig in die Reihen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Sein Berufswunsch für die Zukunft bestand in dieser Zeit noch darin, Bauingenieur zu werden. Doch es kam ganz anders. Auf Wunsch seiner Genossen trat er am 7. Februar 1949 erst einmal, wie er glaubte, für zwei Jahre in die Reihen der Volkspolizei ein. Und wieder kam es anders. Nach der Gründung der Republik wuchs bei ihm die Erkenntnis: Dieser neue Staat, der Staat der Arbeiter und Bauern muß geschützt werden. Heute trägt er die Uniform nun schon fast 40 Jahre. Vom Zimmermann zum Wachtmeister der VP, vom Posten im Wachbataillon Berlin - der u.a. noch die Ehre hatte, am Wohnhaus des ersten Präsidenten unserer Republik, Wilhelm Pieck, Wache zu stehen - zum Stellvertreter des Ministers und Chef der Grenztruppen; so verlief sein Lebensweg seit 1949. Es gab wohl kaum einen Dienstgrad, den er nicht inne ge-



habt hätte, und es waren viele Dienststellungen auf verschiedenen Kommandeebenen, die er ausübte, ehe er am 1. August 1979 Chef der Grenztruppen wurde. Zweimal wurde er von der Partei nach Moskau zum Studium delegiert: an die "Frunse-Akademie" und später an die "Akademie des Generalstabes der Sowjetarmee". Beide Male beendete er das Studium mit dem Prädikat "Ausgezeichnet". Als Chef der Grenztruppen weiß er genau, daß er seiner Verantwortung gegenüber der Partei und dem Volk für die zuverlässige Sicherung der Staatsgrenze der DDR nur gerecht werden kann, wenn alle Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche, Offiziere und Generale, die ihm unterstehen,

taglich gewissenhaft ihre Pflicht erfüllen. Seine ständige Sorge gilt deshalb den ihm anvertrauten Menschen. Stets hat er ein offenes Ohr für ihre Sorgen und Nöte. Die Verbesserung ihrer Dienst- und Lebensbedingungen ist ihm genau so wichtig, wie das Ringen um die ständige Erhöhung der Kampf- und Gefechtsbereitschaft der Einheiten, Truppentouren und Verbände im Interesse einer zuverlässigen Grenzsicherung.

Generallieutenant Baumgarten vertraut den Menschen und besitzt ihr Vertrauen. Sein Verhältnis zu ihnen ist kameradschaftlich und herzlich. Die ständige Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen den Grenztruppen und der

Grenzbevölkerung, die weitere Festigung der Waffenbrüderschaft mit den sowjetischen Grenztruppen, denen der anderen sozialistischen Bruderländer und den Streitkräften des Warschauer Vertrages ist ihm Herzenssache. Seit dem X. Parteitag ist Genosse Baumgarten Kandidat des ZK der SED. Enge Verbindungen hält er mit den Parteiorganisationen der Grenzbezirke und -kreise. Er fördert ständig den Einfluß der Parteiorganisation seines Dienstbereiches auf alle Seiten des militärischen Lebens und sucht den Rat seiner Genossen. In seiner gesamten Tätigkeit ist der Generallieutenant zielstrebig und konsequent.

Büro des Zentralrates der FDJ bei Grenzübergängen

17. Januar 1980 in den Vormittagsstunden. Der Sudan der Republik ist schon bedeckt. Die Sonne bleibt hinter einem dichten Wolkenvorhang verborgen. Am Eingang zur Offiziershochschule der Grenztruppen der DDR "Rosa Luxemburg" in Plauen haben sich Soldaten, Offizierschüler und Offiziere versammelt. Das Standortmusikkorps spielt Märsche, Jugend- und Kampflieder der Arbeiterklasse. Unter den versammelten Genossen herrscht eine erwartungsvolle, freudige Stimmung. Wenige Wochen nach der 11. Tagung des ZK der SED und der unmittelbar danach durchgeführten 11. Tagung des Zentralrates der FDJ werden die Genossen des Büros des Zentralrates und die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der FDJ mit den Kandidaten des Politbüros des ZK der SED und 1. Sekretär der FDJ, Genossen Egon Krenz, zum Besuch bei den Grenztruppen der DDR erwartet. Beifall brandet auf, als die Gäste, begleitet von Stellvertreter des Ministers und Chef der Grenztruppen, Generallieutenant Klaus-Dieter Baumgarten, sowie dem Stellvertreter des



Chefs und Chef der Politischen Verwaltung, Generalmajor Gerhard Lorenz, sintreffen. Stellvertretend für alle Angehörigen der Grenztruppen entbieten die Genossen der Offiziershochschule den Freunden und Genossen des Zentralrates einen herzlichen Willkommensgruß. Es kommt zu ersten freundschaftlichen Gesprächen. FDJler in Gränzeruniform begrüßen mit besonderer Herzlichkeit die 1. Sekretäre ihrer Heimatbezirke. Schon da wird sichtbar, was den ganzen Verlauf dieses Besuches kennzeichnet: "FDJler sind zu Gast bei FDJlern". Zum Auftakt des Besuches informiert der Stellvertreter des Ministers und Chef der Grenztruppen die Genossen des Zentralrates der FDJ über die Geschichte und die gegenwärtigen Aufgaben der Grenztruppen der DDR. In der Gegenwart, angesichts der durch die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus zugespitzten internationalen Lage, erfordert die zuverlässige Sicherung der Grenzen des sozialistischen Vaterlandes von jedem Grenzsoldaten mehr denn je Standhaftigkeit, politisches Verantwortungsbewußtsein, Wachsamkeit und taktisch kluges Handeln. An allen Abschnitten der Staatsgrenze wird deshalb in den Einheiten im sozialistischen Wettbewerb unter der Losung: "Kampfposition 80 - mit den Waffenbrüdern vereint - stets wachsam und gefechtsbereit!"

hartnäckig um beste Ergebnisse in der politischen und Gefechtsausbildung, bei der Gewährleistung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze und um hohe Gefechtsbereitschaft gerungen. Ganz im Sinne der Aufgabenstellung der 11. Tagung des ZR der FDJ, die alle Verbandemitglieder auf bewußte Taten zur Stärkung der DDR orientiert hat, leisten die Mitglieder des sozialistischen Jugendverbandes in der Uniform der Grenztruppen mit zahlreichen Initiativen dazu einen hervorragenden Beitrag.

Der Kommandeur der Offiziershochschule, Generalmajor Werner Ebertz, gibt den Gästen in seinem Auskunftsbericht einen Überblick über die Spezifik der Erziehungs- und Bildungsziele des Ausbildungsprogramms "Kommandeure von Einheiten der Grenztruppen". Er kann darauf verweisen, daß sich dank des gewachsenen Niveaus der Vorleistungen in den Einrichtungen der Volkbildung, der vormilitärischen Ausbildung der GST und besonders auch in der Tätigkeit der "FDJ-Bewerberkollektive" immer günstigere Bedingungen herausgebildet haben, um die anspruchsvollen Zielstellungen des Ausbildungsprogramms zu verwirklichen. Beim Besuch von Lehrveranstaltungen in den Fachkabinetten, Fachlehrklassen und im Ausbildungsgelände können sich die Gäste anschaulich davon überzeugen, wie Offiziersschüler und Lehrkräfte in kamerad-



erschaftlicher Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden um die Erfüllung der Ziele des Ausbildungsprogramms ringen. In allen Gesprächen mit den Gästen kommt der feste Wille zum Ausdruck, dafür das Beste zu geben. Deutlich sichtbar wird dieser Wille im hohen persönlichen Einsatz aller Beteiligten bei der praktischen Ausbildung, auf dem Truppenübungsplatz. Am Lehrgranzabschnitt demonstrieren die handelnden Offizierschüler hohe Einsatzbereitschaft und Fähigkeiten bei der Führung der Kräfte zur Abwehr provokatorischer Handlungen. Mut, Ausdauer und hohes physisches Leistungsvermögen werden eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Zu einem angeregten Erfahrungsaustausch kommt es zwischen Genossen Egon Krenz und Offizierschülern des 3. Lehrjahres über die Rolle der FDJ-Organisation im Kampf um hohe Studienleistungen beim Besuch des Traditionszimmers der Offiziershochschule. Genosse Krenz verweist dabei auf die große Bedeutung der Herausbildung des Geschichtsbildes und die Pflege der revolutionären Traditionen bei der kommunistischen Erziehung der jungen Generation für die Motivation der Jugend zu hohen Leistungen bei der Stärkung und dem Schutz des sozialistischen Vaterlandes.

In Begleitung des Stellvertreters des Ministers und Chefs der Grenztruppen sowie des Stellvertreters des Chefs und Chefs der Politischen Verwaltung besucht Genosse Egon Krenz in den Nachmittagsstunden mit weiteren Mitgliedern des Büros des Zentralrates die Grenzkompagnie Stahl in Truppenteil "Ernst Grube".

Die Grenzkompagnie Stahl gehört zu jenen vorbildlichen Kampfkollektiven, die in Würdigung der über mehrere Jahre erreichten Leistungen im sozialistischen Wettbewerb und bei der zuverlässigen Sicherung der Staatsgrenze mit der Verdienstmedaille der NVA in Bronze, Silber und Gold ausgezeichnet werden konnten. Über 70 Prozent der Soldaten und Unteroffiziere sind Träger des Bestenabzeichens bzw. einer Klassifizierung.

Die Genossen der Grenzkompagnie berichten ihren Gästen, daß ihre Zielstellung im sozialistischen Wettbewerb erneut der Titel "Beste Einheit" ist. Alle Gruppen und Züge ringen ebenfalls um diese Auszeichnung. 47 Genossen haben die Verpflichtung übernommen, den Bestentitel zu erwerben. 28 Genossen wollen das Klassifizierungsabzeichen erlangen, 19 die Schützenschnur. Im aufgeschlossenen, herzlichen Gespräch berichten das FDJ-Leitungsmitglied, Gefreiter Wolfgang Luchmann, der FDJ-Gruppenorganisator, Unteroffizier Volker Wild, und der Sekretär der FDJ-Grundorganisation, Unterleutnant Uwe Hartmann, daß im bishe-

rigen Verleuf des Ausbildungsjahres die übernommenen Wettbewerbspflichtungen planmäßig und in guter Qualität erfüllt wurden. Eingehend machen sich die Gäste mit den Dienst- und Lebensbedingungen der Angehörigen der Grenzkompagnie vertraut, informieren sie sich über die Gestaltung des gesellschaflichen Lebens der Einheit und über die Zusammenarbeit mit der Jugend im Grenzgebiet. Für die Funktionäre der FDJ-Organisation der Kompanie und eine Gruppe vorbildlicher Grenzsoldaten wird eine den Besuch abschließende Aussprache mit den Gästen ein besonders eindrucksvolles Erlebnis. Genosse Egon Kranz dankt den Genossen für ihre verantwortungsvolle Pflichterfüllung zum Schutz des Sozialismus und würdigt die aktive Arbeit der Grundorganisation der FDJ.

Die Angehörigen der Grenzkompagnie halten ihr dem Genossen Kranz gegebenes Wort. Das Ausbildungsjahr 1979/80 wird erneut mit vorbildlichen Ergebnissen abgeschlossen. Ein würdiger Beitrag der Grenzsoldaten in Vorbereitung des X. Parteitages der SED.

Mit Einbruch der Dunkelheit trafen sich die Mitglieder des Büros des Zentralrates und die 1. Bezirksekretäre der FDJ mit den Genossen der sich auf dem Truppenübungsplatz befindlichen Offiziersschülerlein-



Egon Kranz im herzlichen Gespräch mit einem Postenführer der Einheit Stahl

heiten am Lagerfeuer. Jugendlieder erklingen. Es bilden sich zahlreiche Gesprächsgruppen.

Genosse Egon Krenz spricht mit Genossen des 2. Lehrjahres über seine Eindrücke in der Grenzkompagnie Stahl und würdigt, daß untur oftmals komplizierten Bedingungen die Grenzsoldaten Tag für Tag ihre patriotische und internationalistische Pflicht vorbildlich erfüllen. Als zukünftige Grenzoftiziere werden sie, so mahnt er eindringlich, mit ihrer Haltung und ihrem Handeln maßgeblich dazu beitragen, daß der Schutz unserer Staatsgrenze stets zuverlässig gewährleistet wird.

Höhepunkt des zweitägigen Besuchs der Mitglieder des Büros des Zentralrates und der 1. Sekretäre der Bezirksleitungen des sozialistischen Jugendverbandes bildet ein begeisterndes Kampfmeeting, an dem auch eine Abordnung der Kommanden des sowjetischen Partnerregiments der Offiziershochschule teilnimmt. Stürmisch begrüßt von den mehr als 1.000 Teilnehmern, ergreift Genosse Egon Krenz das Wort. Die Mitglieder der FDJ setzen alle Kräfte ein, so erklärt er, um ganz im Sinne der Ausführungen Erich Honockers auf der 11. Tagung des ZK der SED dazu beizutragen, daß es der NATO nicht gelingt, die von ihr angestrebte militärische Überlegenheit über die Staaten des Warschauer Vertrages zu erreichen.

Den Dienst in der NVA und den Grenztruppen der DDR bezeichnet er als einen hoch zu würdigenden Einsatz für unsere sozialistische Sache. Es gehört daher zu den besten Traditionen des sozialistischen Jugendverbandes, den bewaffneten Organen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Er dankt allen Angehörigen der Grenztruppen für ihren Einsatz zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften. Genosse Krenz verweist auf die durch die Konfrontationspolitik des USA-Imperialismus gefährlich zugespitzte internationale Lage und erklärt, daß die FDJ-Mitglieder auch weiterhin alles tun werden, um die weltweite Klassenauseinandersetzung zugunsten des Sozialismus zu entscheiden. Zum Beitrag der FDJ zur Stärkung der DDR gehört deshalb auch, aktive Mitglieder für die Laufbahn als Offizier, Führer und Berufsunteroffizier zu gewinnen.

Er versichert, daß die Mitglieder des Jugendverbandes ihr Ziel darin sehen, durch revolutionäre Wachsamkeit, durch hohe Ordnung und Sicherheit die verantwortungsvolle Arbeit der Grenztruppen zu unterstützen und damit auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Staatsgrenze unseres Landes zu leisten.

In Würdigung der geleisteten Arbeit bei der kommunistischen Erziehung der jungen Generation verleiht Genosse Egon Krenz im Anschluß an seine Rede an Kommandeure, Politoffiziere und Jugendfunktionäre die "Artur-Becker-Medaille" und die Medaille "Für hervorragende propagandistische Leistungen".

Im Namen der Ausgezeichneten und aller Teilnehmer des Kampfmeetings dankt Offizierschüler Harald Fichtner den Zentralrat der FDJ und seinem 1. Sekretär. Er versichert:

"Geleitet von den Beschlüssen des 11. Plenums des ZK der SED und der 11. Tagung des Zentralrates der FDJ werden wir in Vorbereitung des X. Parteitag der SED im Soldatenauftrag: 'Kampfposition 80. Mit den Waffenbrüdern vereint - stets wechsam und gefechtsbereit!' unsere Aufgaben als zukünftige Grenzzoffiziere mit vorbildlichen Ergebnissen erfüllen. Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, alles zu tun, um den sicheren Schutz und die Unantastbarkeit unserer Staatsgrenze zu gewährleisten. Als zukünftige Grenzzoffiziere werden wir uns immer und überall bewähren. Darauf geben wir unser Wort!"

Zum Abschluß des Besuches findet an der Offiziershochschule eine Tagung des Büros des Zentralrates der FDJ statt.

Gemeinsam mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen wird über den Beitrag des Jugendverbandes zur weiteren Stärkung der sozialistischen Landesverteidigung, besonders über die Aufgabe bei der sozialistischen Wehrerziehung der jungen Generation beraten.

Im Beschluß der Tagung werden die Leitungen der FDJ beauftragt, aktive FDJler an die Offiziershochschulen der bewaffneten Organe zu delegieren und damit die schon 1952 begründete Tradition kontinuierlich weiterzuführen.

Im Mai 1980 konnten an der Offiziershochschule zahlreiche Mitglieder des Jugendverbandes zum Aufnahmegespräch begrüßt werden. Sie nahmen am 01. September ihr Studium auf und leisten nach erfolgreichem Abschluß bereits seit mehreren Jahren ihren verantwortungsvollen, aber auch schönen Dienst in der Truppe.

An der Spitze militärischer Kollektive wirken sie heute als die Erzieher der nachfolgenden Generationen.

3. Die Friedenssicherung wird fortgesetzt 1981-1985

Auf dem X. Parteitag der SED in April 1981 erklärte Genosse Erich Honecker:

"Wir sind in die 80er Jahre eingetreten, sie werden unserer Partei sowohl in nationaler als auch in internationaler Hinsicht neue höhere Aufgaben stellen. Wir sind bereit, die Herausforderungen dieses Jahrzehnts anzunehmen. Ausgerüstet mit neuen Erfahrungen und Erkenntnissen, werden wir auch weiterhin mit Erfolg die entwickelte sozialistische Gesellschaft gestalten, um so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen."

Jetzt, in der 2. Hälfte dieses geschichtsträchtigen Jahrzehnts, können wir ohne jeden Zweifel feststellen: wir meistern seine Herausforderungen erfolgreich.

Es ist unübersehbar: die von unserer Partei ausgearbeitete ökonomische Strategie für die 80er Jahre hat auch unter komplizierter gewordenen äußeren Bedingungen ihre Bewährung bestanden.

Außenpolitisch waren in dieser Zeit große Anstrengungen erforderlich, um den Frieden zu erhalten.

Mit einer zu Beginn dieses Jahrzehnts immer abenteuerlicher werdenden Konfrontationspolitik drohte der Imperialismus, alle Ergebnisse der Entspannung zunichte zu machen und die Menschheit in eine atomare Katastrophe zu treiben.

Noch nie seit dem 2. Weltkrieg war der Frieden so bedroht wie in dieser Zeit.

Die Anforderungen wachsen weiter

Die mit Beginn der 80er Jahre eingetretene Verschärfung der internationalen Lage zeitigte naturgemäß Auswirkungen auf die Situation an der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Berlin (West). Der Druck reaktionärer entspannungsfeindlicher Kräfte auf die Staatsgrenze der Republik verstärkte sich weiter.

Auf der XIV. Delegiertenkonferenz der Parteioorganisationen der SED in den Grenztruppen der DDR im Januar 1981 mußte der Chef der Politischen Verwaltung, Generalmajor Lorenz, in Bericht des Sekretariats der Politischen Verwaltung die Aufmerksamkeit der Kommandanten auf die Tatsache lenken: "...daß bandenmäßig organisierte Kräfte ihre verbrocherischen Machenschaften vom Territorium der BRD und Westberlins aus weiter intensivieren und dabei jedes Risiko in Kauf nehmen". Grenzposten der DDR wurden bedroht und vom Territorium der BRD und von Berlin (West) aus beschossen, Grenzmarkierungen wurden beschädigt bzw. zerstört; Sprengstoffanschläge auf Grenzsicherungsanlagen verübt (Anlage 1).

Es waren raffinierte, brutale und skrupellose Elemente, die ihre Angriffe auf die Staatsgrenze der DDR meist nach umfangreicher Aufklärung unseres Grenzregimes langfristig vorbereiteten und dann durchführten.

Jeder dieser Vorfälle an der sensiblen Trennlinie zwischen Sozialismus und Imperialismus hat ein hohes politisches Gewicht und kann unter Umständen entscheidende militärpolitische und militärische Konsequenzen zur Folge haben. Dem Wesen nach trägt jeder Anschlag auf eine beliebige Staatsgrenze, besonders natürlich auf eine, die die beiden mächtigsten militärischen Gruppierungen unserer Zeit trennt, friedensgefährdenden Charakter.

Das hatten auch die Teilnehmerstaaten der Konferenz von Helsinki anerkannt, indem sie in der Schlußakte festlegten: "Die Teilnehmerstaaten betrachten gegenseitig alle ihre Grenzen sowie die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich und werden deshalb jetzt und in Zukunft keinen Anschlag auf diese Grenzen verüben."

Selbst wenn man davon ausgeht, daß die obengenannten Anschläge auf die Staatsgrenze der DDR nicht von bewaffneten Kräften der BRD oder der Polizei von Berlin (West) verübt wurden, - angesichts der Erfahrungen der Geschichte sind Zweifel legitim - stellt sich die Frage nach der Vertragstreue der Regierung der BRD und des Senats von Berlin (West).

Die Schlußakte von Helsinki in einem ihrer Kernpunkte - die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen - einzuhalten, erfordert, Anschläge auf die Grenzen benachbarter Staaten von eigenem Territorium aus nicht zuzulassen. Das verlangt, die Mitwirkung von Bürgern des eigenen Staates bei Anschlägen zu unterbinden bzw. die Aufforderung zu solchen Angriffen zu unterlassen. So jedenfalls versteht die DDR Vertragstreue und dementsprechend handelt sie auch. Die Grenztruppen der DDR sind verpflichtet, keinerlei Angriffe auf die Staatsgrenze der BRD zuzulassen.



Jede andere Haltung vergiftet unweigerlich das politische Klima, ist unvereinbar mit Vertrauensbildung und behindert die Entwicklung normaler zwischenstaatlicher Beziehungen.

Staatsgrenzen sind auch nicht für Mutproben und private oder staatliche Demonstrationen tauglich. So etwas kann immer zu Zwischenfällen mit gefährlichen Folgen führen.

Zu solchen Demonstrationen müssen unzweifelhaft die von Bundesgrenzschutz organisierten "Grenzfürungen" und "Vortragsveranstaltungen" an der Staatsgrenze gerechnet werden, deren Zahl sich beträchtlich erhöhte. Es ist bewiesen, daß diese Veranstaltungen nichts mit friedlichen Tourismus zu tun hatten und haben. Sie dienen der Entwicklung von Haß auf die DDR und ihre Grenzsicherungskräfte, anders gesagt, der Entwicklung eines Feindbildes, was natürlich von Bonn immer bestritten wird.

Aber die uns vorliegenden Vorträge zeigen, den "Besuchern" wird die Grenze als unortraglich suggeriert. Es wird versucht, ihren Willen zur Beseitigung dieser Grenze zu wecken. Das Grenzregime, Strafgesetze und Verordnungen der DDR werden in diesen regierungsantiligen Vorträgen als unrechtmäßig vorkotziert.

Dabei heißt es in der Schlußakte von Helsinki eindeutig:

"Die Teilnehmerstaaten ... werden ebenfalls das Recht jedes anderen Teilnehmerstaates achten, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen zu bestimmen."

Alles andere und folglich auch diese Vorträge des BGS stellen eine unablässige Einnischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates und eine permanente Mißachtung seiner völkerrechtlich verbrieften Rechte dar.

Ursächlich bedingt war das sicher durch ein gestörtes Verhältnis vieler in der BRD Verantwortung tragender Politiker zu den bestehenden gesellschaftspolitischen und territorialen Gegebenheiten in Europa. Sie konnten sich insbesondere nicht zu einer auch perspektivisch einigermaßen realistischen Einschätzung der Existenz und Entwicklung der beiden deutschen Staaten durchringen. Die Masse von ihnen hielt und hält - wie wir noch sehen werden - an Klischees und Wunschvorstellungen über die Entwicklung in der DDR fest. Das hatte zwangsläufig schwerwiegende politische Fehler der BRD-Seite in der Beurteilung des Charakters der Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten zur Folge.



Gerhard Lorenz

Genosse Lorenz ist ein Grenzer, der heute fast 40 Jahre unsere Uniform trägt. Mit dem Dienstgrad Wachtmeister und gerade Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geworden, begann er im Jahre 1948 im Volkspolizeikreisamt Dresden seinen Dienst.

Der gerade 20jährige VP-Oborkonmissar und spätere Polizist erlebte als PK einer Grenzkommandatur und einer Grenzbrigade den Grundsatz der Jugendpolitik der Partei: der Jugend Verantwortung und Vertrauen. Er hat beides gerechtfertigt.

Wenige Jahre später, in den 50er Jahren, war Major Lorenz als Leiter von Politobteilungen an einer Unteroffizierschule und der ersten Politoffizierschule der Grenztruppen sowie einer Grenzbrigade im Süden der DDR erfolgreich tätig.

Sein weiterer Dienst- und Lebensweg führte ihn über leitende Dienststellungen in der Politischen Verwaltung der Grenztruppen 1971 zum Generalmajor und Kommandeur an die Spitze eines Verbandes der Grenztruppen. Während dieser Zeit absolvierte er ein Studium an der Parteihochschule "Karl Marx" und an der Militärakademie "Friedrich Engels".

Seit über 15 Jahren ist er nunmehr - berufen durch die Partei - Stellvertreter des Chefs und Chef der Politischen Verwaltung der



Grenztruppen der DDR.

Der heutige Generalleutnant, 1930 in Freital/Sa. geboren, wurde zuerst Maurer. Das war auch der Beruf seines Vaters.

Als junges Mitglied und Mitbegründer der Freien Deutschen Jugend in seiner Heimatstadt hat er mitgewirkt am Aufbau unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Er war dabei, als die Fundamente des Sozialismus in unserem Lande gelegt wurden und als es galt, in den Jahren des schweren Anfangs die Grenzen unseres Landes zu schützen.

Wir finden ihn inmitten jener, die 1953 und 1961 der Konterrevolution den Weg versperrten. Und wir finden ihn zu Recht auch unter jenen, die als Delegierte des V., VIII., IX., X. und XI. Parteitages die gute Politik der Partei zum Wohle des Volkes und

zum sicheren Schutz des Sozialismus auf deutschem Boden beschlossenen.
Heute, an der Spitze der Partei-

organisation der Grenztruppen stehend, gilt sein ganzes Wirken der weiteren Ausprägung der Führungsrolle unserer Partei.

Natürlich führte das nicht zur Veränderung oder gar Beseitigung der Staatsgrenze der DDR, aber das war ihr erklärter Wille. Diese Haltung war zudem geeignet, bestehende Spannungen zwischen beiden deutschen Staaten zu verschärfen und damit die Lage in ganz Europa anzuhetzen. Wenn das letztendlich verhindert wurde, so vor allem durch die Politik der Partei und Regierung der DDR und die realistische Einstellung einiger politischer Kreise der BRD, die gemeinsam versuchten, den Schaden dieser vergangenheitsorientierten Politik für die Bevölkerung der DDR und auch der BRD abzuwenden oder wenigstens zu begrenzen. Aus all den Mächenschaften revanchistischer Kreise der BRD und den Erfordernissen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung der DDR ergaben sich aber für die Erfüllung des Klassenauftrages der Grenztruppen qualitativ neue Ansprüche.

Die XIV. Delegiertenkonferenz unterstrich deshalb mit Nachdruck, daß die Erziehung der Grenzsoldaten zu politisch verantwortungsbewußtem, besonnenem und zugleich konsequentem Handeln sowie zu höherer Wachsamkeit immer mehr an Bedeutung gewann. Ein solches Handeln ihrer Grenzsicherungskräfte war für die DDR nie an irgendwelche zeitweilige Erwägungen oder taktische Gesichtspunkte geknüpft. Sie betrachteten das zu jeder Zeit als immerwährendes Erfordernis verantwortungsvoller, auf die Erhaltung und Festigung des Friedens gerichteter militärischer Pflichterfüllung.

Die Kommandeure sorgten sich deshalb besonders auch am Beginn der 60er Jahre darum, daß sich alle Angehörigen der Grenztruppen bei der gewissenhaften und initiativreichen Durchsetzung der Befehle und Dienstvorschriften stets der politischen und militärischen Tragweite des eigenen Verhaltens bewußt waren. Die Ausbildung und Erziehung mußte alle Grenzsoldaten befähigen, in jeder konkreten Lage die Absichten von Provokateuren offensiv zu durchkreuzen. Sie mußten genau wissen, was jeweils zu tun oder zu unterlassen war, welche Möglichkeiten, Mittel und Befugnisse ihnen zur Erfüllung des Klassenauftrages zur Verfügung standen. Immer wieder mußte den jungen Genossen eingeschärft werden, sich in Interesse der Erhaltung des Friedens, der Durchsetzung der Politik der Partei nie provozieren zu lassen.

Joachim Wiczorek

Genosse Wiczorek, in März 1945 in einer Arbeiterfamilie geboren, ist in seiner ganzen Entwicklung ein echtes Kind unserer Republik. Bereits in seiner Schulzeit, von 1951 bis 1961, und während der Ausbildung als Kfz.-Schlosser, von 1961 bis 1964, war er ein aktiver Jungpionier, bzw. FDJler. Im Jahre 1964 verpflichtete er sich, als Unteroffizier auf Zeit in den Grenztruppen zu dienen und noch während der Ausbildung erfolgte seine Verpflichtung zum Berufssoldaten. Nach dem Besuch der Offizierschule "Rosa Luxemburg" wurde er 1967 zum Unterleutnant ernannt und als Zugführer in einer Grenzkompagnie eingesetzt. Hier verdiente er sich seine ersten Sporen in der Grenzsicherung und wurde 1973 Kompaniechef. In Ausbildungsjahr 1980/81 rief Genosse Wiczorek mit seiner Kompagnie erstmalig eigenständig in den Grenztruppen zu Ehren des X. Parteitagess der SED alle Einheiten zum sozialistischen Wettbewerb auf. Damit übernahmen die Genossen eine große Verantwortung, der sie jederzeit gerecht wurden. Am Ende des Ausbildungs-



jahres wurde die Kompagnie von Minister für Nationale Verteidigung mit der "Verdienstmedaille der Grenztruppen" in Gold ausgezeichnet. Genosse Wiczorek, seit 1967 Mitglied der SED, war Delegierter ihres X. Parteitagess im Jahr 1981. Für seine Verdienste bei der Sicherung der Staatsgrenze wurde er u.a. mit dem Kumpforden "Für Verdienste um Volk und Vaterland" und dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze ausgezeichnet.

Das war angesichts der Hinterhältigkeit der Angriffe auf die Staatsgrenze und der damit verbundenen Gefährdung der Gesundheit und des Lebens der Soldaten oft nicht einfach, wurde aber selbst in den vielfach extremen Situationen der frühen 80er Jahre immer gemeistert.

In keinem Falle ließen sich Grenzsoldaten zu Vergeltungsaktionen hinreißen. Immer respektierten sie das Territorium der BRD und das von Berlin (West). Auch bei unmittelbaren Angriffen auf ihr Leben von diesem Gebiet aus schossen sie nie zurück. Gleichzeitig ließen sie in der Praxis keinen Zweifel daran, daß sie gerade, weil sie das Leben und den Frieden liebten, bereit und fähig waren, alle, die gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der friedliebenden Menschen in Europa handelten und die Staatsgrenze der DDR angriffen, in die Schranken zu weisen.

Zugleich wurde es in jenen Jahren erforderlich, Überlegungen für die Weiterentwicklung der taktischen Einsatzprinzipien der grenzsichernden Einheiten anzustellen.

Die Möglichkeiten der Bataillonssicherung für die Erhöhung der Effektivität der Grenzsicherung begannen sich zu erschöpfen. Die Grenzergeneration jener Jahre stand völlig auf der Höhe der Aufgaben, wurde ihrer gewachsenen Verantwortung gerecht und verdiente sich täglich die Achtung und Anerkennung des werktätigen Volkes und der Partei. Der Stellvertreter des Ministers und Chef der Politischen Hauptverwaltung, Generaloberst Heinz Käßler, betonte deshalb Anfang Januar 1982 auf der Delegiertenkonferenz eines Verbandes:

"Wenn man von den Soldaten des Sozialismus sagt, daß sie auf Friedenewacht stehen, dann trifft dieses Wort auch mit vollem Recht auf die Genossen der Grenztruppen der DDR zu. An der vordersten Linie, an der Trennlinie zwischen Sozialismus und Imperialismus auf Posten zu stehen, Ruhe und Ordnung an der Staatsgrenze zu gewährleisten, Provokationen einzudämmen, jede Verletzung des Grenzregimes konsequent zu unterbinden - das sind gewichtige Taten für den Frieden."

Ständig hohe Fürsorge für die Grenzsoldaten

Im Bericht des Sekretariats der Politischen Verwaltung an die XIV. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in den Grenztruppen der DDR im Januar 1981 konnte eine eindrucksvolle Bilanz der Ergebnisse der sozialpolitischen Maßnahmen gezogen werden, die seit dem VIII. Parteitag der SED auch für die Angehörigen und Zivilbeschäftigten der Grenztruppen wirksam wurden.

In Verwirklichung der Beschlüsse der Partei hatten die Kommandeure, Stäbe, Politorgane, die Leiter der technischen Dienste sowie die Angehörigen der Rückwärtigen Dienste verstärkte Anstrengungen unter-

nommen, um die Politik der Hauptaufgabe auch für die Angehörigen und Zivilbeschäftigten der Grenztruppen sichtbar und erlebbar zu machen. Es ging dabei um viele Fragen, die in ihrer wechselseitigen Bedingtheit im Komplex gelöst werden mußten.

Ausgangspunkt aller Überlegungen war immer, daß die objektiv höheren **Anforderungen** an den Dienst der Grenzsoldaten mit einer stetigen **Verbesserung der Dienst- und Lebensbedingungen** einhergehen müssen, daß die **Angehörigen** der Grenztruppen und die Zivilbeschäftigten die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in ihren Einheiten erleben.

Da ging es um solche Fragen, wie durch eine günstigere Gestaltung des Dienstregimes, durch eine bessere Planung und Organisation des Grenzdienstes und des effektiveren Einsatzes der Kräfte und Mittel ein Zeitgewinn für die zuverlässige Grenzsicherung ebenso wie für eine sinnvolle Freizeit und Erholung der Grenzsoldaten besonders in den grenzsichernden Einheiten erreicht werden konnte.

Bedeutende und erfolgreiche Anstrengungen wurden unternommen, um in **Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen** ausreichend modernen Wohnraum, **Arbeits- und Ausbildungsplätze** für die Familienangehörigen der Berufskader in den **Grenzgemeinden** und -städten bereitzustellen. In diesen Jahren wurde mit großem ökonomischen Aufwand das sogenannte "Ablöseprogramm", der Neubau von massiven Kompaniegebäuden, abgeschlossen.

Die Erschwernisse, die bisher das Leben in den verschiedensten Barakkontypen mit sich brachten, waren nunmehr für die Soldaten und Kompanieführungen **beseitigt**. Die Unterbringungsräume, ebenfalls mit neuem Mobiliar **ausgestattet**, ließen die Strapazen des Streifenganges schneller **vorgessen**.

Kulturvoll gestaltete Klub- und Gesellschafteräume schufen eine bessere Voraussetzung für die politische Arbeit und eine sinnvolle Freizeitgestaltung. So war zum Beispiel eine organisierte Filmbespielung jetzt regelmäßig in den Kompanieobjekten möglich geworden.

Eine modern eingerichtete Küche bildete eine wesentliche Vorbedingung zur qualitativen Entwicklung der Truppenverpflegung. Sie ermöglichte jetzt auch die schrittweise Einführung der Büfettversorgung, des Wahlgessens und vor allem die Verbesserung der Postenverpflegung als **Wärmgericht** in der Winterversorgung.

An dieser Stelle darf nicht unerwähnt bleiben:

Generationen von Grenzsoldaten sprechen auch heute noch von den Küchenfrauen in ihren Grenzkompanien.

Genossin Müller

Die Genossin Müller beging am 03.05.1987 ihr 25. Jubiläum der Zugehörigkeit zu den Grenztruppen der DDR. Gemeinsam mit ihrem Ehegatten, der selbst als Grenzaufklärer viele Jahre zur Sicherung der Staatsgrenze der DDR beigetragen hatte, nahm sie die Härten des täglichen Dienstes auf sich und trat dabei ständig für die Verbesserung der Dienst- und Lebensbedingungen der Grenzer ein. Heute arbeitet sie in einer modern eingerichteten Küche als Leiterin des Küchenkollektive. Sie hat das Vertrauen der Kollegen und vertritt sie als Vertrauensfrau. Als Mitglied der ZSGE arbeitet sie aktiv mit an der Gestaltung des Arbeitsprozesses. In der Einheit selbst spricht man ehrwürdig von "unsere Frau Müller". kümmert sie sich doch jeden Tag im Speiseraum auch um die persönlichen Probleme der Angehörigen



der Grenzkompagnie. Kollegin Müller ist eine wahre "Mutter der Kompanie". Die Arbeit mit den Menschen ist für sie eine Sache der Ehre, ein echtes Bedürfnis. Alles zu tun für ihre Kompanie, das ist ihr konkreter Beitrag für die zuverlässige Sicherung der Staatsgrenze der DDR.

In nicht wenigen Fällen waren und sind sie im besten Sinne des Wortes die "Mutter der Kompanie", die für ihre "Jungs" immer da waren, die weder Zeit noch Mühe scheuten.

Für die Berufsunteroffiziere und Offiziere entstanden zur gleichen Zeit des Neubaus der Kompanie an jedem Kompaniestandort 8 Wohnungseinheiten. Für viele junge Familien waren somit Bedingungen geschaffen, an den Dienstort zu ziehen und die langerehnte Wohnung zu erhalten. Aus heutiger Sicht ist deshalb einzuschätzen, daß mit dem Bau dieser modernen Objekte den Grenztruppen ein neues Gesicht gegeben wurde. Zugleich wurden günstigere Voraussetzungen für die Organisation und Sicherstellung der Grenzsicherung geschaffen.

Auch in der Versorgung mit Bekleidung und Ausrüstung wurde die ständige Verbesserung anschaulich. Das äußere Bild der Grenztruppenangehörigen änderte sich wesentlich. So erhielten die Soldaten im Grundwehrdienst und Unteroffiziere auf Zeit eine Ausgangsuniform offener Façon und für den Sommer das Uniformhemd.

In der ersten Hälfte der 80er Jahre vollzog sich auch in stärkerem Maße ein Prozeß der Einführung moderner Technik. Es wurde ein Ausrüstungsgrad erreicht, der eine hohe Beweglichkeit in der Grenzzeichnung gewährleistete.

Bei der Einführung neuer Kfz.-Technik handelte es sich besonders um solche Typen, wie ETZ-250, Kleinkraftred ENCURO, Motorschlitten BURAN, UAZ-469, LO 2002 QA und TATRA B15.

Alle diese Maßnahmen gingen einher mit einer schrittweisen Erhöhung und leistungsgerechteren Besoldung der Berufskader und Zivilbeschäftigten. Auch die Erweiterung der Möglichkeiten für eine sinnvolle und erlebnisreiche Urlaubsgestaltung in zentralen Urlauberheimen und in vielen neu geschaffenen Näherholungszentren gehörten zu den sozialpolitischen Maßnahmen, die wirksam wurden.

Durch den weiteren Ausbau der Pionierferienlager der Grenztruppen "Waldemar Estel", "Egon Schultz" und "Rudi Arnstedt" konnten zum Bei-



Der Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen und Chef Technik und Bewaffnung, Generalmajor Gabriel, in einer Meßtechnischen Prüfstelle der Grenztruppen



Der Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen und Chef der Politischen Verwaltung, Generalleutnant Lorenz, und der Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen und Chef der Rückwärtigen Dienste, Generalmajor Mühlmann; werden herzlich im Pionierferienlager „Egon Schultz“ begrüßt

spiel jährlich ca. 2.700 Kinder frohe und erlebnisreiche Ferientage erleben.

Durch eine gute Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen und die finanzielle Beteiligung der Grenztruppen wurde es auch möglich, daß alle Kinder von Berufskadern in den Grenzorten in Vorschuleeinrichtungen und Kinderkrippen aufgenommen werden konnten.

Nicht zuletzt zählt zu dieser Bilanz auch die Entwicklung des Militärhandels. Vor allem durch die Einrichtung von Verkaufsstellen in allen grenzsichernden Einheiten wurden Möglichkeiten geschaffen, Waren des täglichen Bedarfs, militärische Bedarfsartikel und zum Teil auch Industriewaren durch Angehörige der Grenztruppen zu kaufen. Damit wurde auch den Bedürfnissen der Familien der Berufssoldaten in den entlegenen Grenzgemeinden Rechnung getragen. Das und vieles andere macht deutlich, wie die wachsende Leistungskraft unserer Volkswirtschaft es ermöglichte, den Grenztruppen günstigere Bedingungen für die Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit zu schaffen, wie die von der Partei beschlossene Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auch in den Grenztruppen wirksam

Stabsführer Otto Schila

trägt den Ehrentitel "Verdienter Angehöriger der Grenztruppen der DDR". Von Beruf Weber, führte ihn sein Weg vor 35 Jahren in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und als Freiwilliger zur Deutschen Grenzpolizei. 1954 wurde er Gruppenführer und 1958 Hauptfeldwebel. In seiner Arbeit hat er ein breites Bewährungsfeld gefunden. Unermüdlich hat er mitgeholfen, vielen Generationen von Grenzsoldaten ihre schwere Aufgabe bei der Sicherung der Staatsgrenze durch die kluge Organisation des Innendienstes zu erleichtern. Wichtig war ihm immer der Kontakt zu seinen Genossen, die Sorge auch um ihre persönlichen Angelegenheiten. Dadurch förderte er die Kameradschaft und den Optimismus in seiner Kompanie. Für seine Grenzsoldaten ist er "unser Hauptfeld". Als Hauptfeldwebel mit Verantwortung auch für die Zivilbeschäftigten, insbesondere die des



Küchenkollektive, nimmt er seine Arbeit sehr genau, Lob aber auch Tadel gehören zu seiner Führungstätigkeit. So gehört Stabsführer Schila seit vielen Jahren zu den Vorgesetzten der Grenztruppen der DDR, die mit hohem politischen Bewusstsein und gutem militärischen Können stündig für die Gewährleistung sicherer Grenzen wirken. |

und zu einer großen Triebkraft bei der Erfüllung unseres Klassenauftrages wurde. Die in diesen Jahren vollbrachten Leistungen, die heute zu Recht zu den Selbstverständlichkeiten in unserem Truppenleben geworden sind, wären nicht denkbar ohne die großen Anstrengungen und die aufopferungsvolle Arbeit der Genossen, die in den rückwärtigen Diensten der Grenztruppen tätig sind.

